

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 3,00 M.
im voraus zahlbar, Postbezug 4,32 M.,
einschließlich 60 Pf. Postzeitungs- und
72 Pf. Postbestellgebühren. Anzeigen-
abonnements 6,- M. pro Monat; für
Länder mit ermäßigtem Druckens-
porto 5,- M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-
lich zweimal, Samstags und Sonntags
einmal, die Abendausgabe für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“, Illustrierte Beilage „Welt
und Zeit“, Berliner Frauenstimme,
„Tegut“, „Bild in die Zukunft“,
„Jugend-Vorwärts“ u. „Stadtbeilage“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Die einseitige Konvertierung des 10 Pf. Reichsmarkes in 20 Pf. „kleine Mark“ des Reiches (das jetzige Reichsmark) ist ein Verbrechen gegen die deutsche Nation. Jeder, der sich an dieser Verbrechen beteiligt, ist ein Verräter an der Nation. Jeder, der sich an dieser Verbrechen beteiligt, ist ein Verräter an der Nation. Jeder, der sich an dieser Verbrechen beteiligt, ist ein Verräter an der Nation.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-297, Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3, D. B. u. Disk.-Ges., Depositenk., Jerusalemstr. 65-66.

48 oder 46?

Neuer Kampf ums Brot. — Schiele sabotiert weiter.

Im Kampf um den Brotpreis ist seit gestern eine Verschärfung der Situation eingetreten. In den amtlichen Bekanntmachungen der Regierung wurde von der Wiederherstellung des „alten Brotpreises gesprochen“, die Abgabe von Roggenbeständen und eine praktische Senkung des Weizenjolls angetündigt, durch die die Einfuhr von Weizen ermöglicht werden soll. Heute heißt es, daß die Berliner Bäckermeister den Brotpreis nur auf 48 Pf. senken werden. Es heißt weiter, daß man im Reichsernährungsministerium noch nicht übersehen könne, wie sich eine Senkung des Brotpreises auf 46 Pf. ermöglichen lasse. Daraus ist zu schließen, daß das Reichsernährungsministerium, das heute auch für das Reichskabinett die Verantwortung trägt, unter dem alten Brotpreis, der wiederherzustellen sei, möglicherweise einen Preis von 48 Pf. versteht.

Wir haben Grund zu der Vermutung, daß das Reichsernährungsministerium tatsächlich den Preis von 46 Pf. nicht wiederherstellen will. Dafür spricht die Unzulänglichkeit der angekündigten Maßnahmen. Vor dem deutschen Landwirtschaftsrat hat Schiele die sehr vieldeutige Versicherung abgegeben, daß er sich in seiner Politik nicht irremachen lasse durch Versuche, die Getreide- und Brotwirtschaft zu politisieren. Unter Politisierung kann man im Augenblick nur verstehen, daß Herr Schiele die gegenwärtige Marktsituation, die noch auf Haufe für Roggen und Weizen steht, nicht verschlechtern lassen will. Die Unzulänglichkeit der getroffenen Maßnahmen wäre dann durch diese Absicht erklärt.

Herr Schiele läßt den gegenüber den Wägen ermäßigten Weizenjoll erst zum 15. Mai eintreten, ein Grund dafür ist nicht ersichtlich. Jedenfalls wird die Brotverbilligung hinausgeschoben. Die Weizenjollsenkung beträgt nur 5, nicht 9 bis 10 Mark je Doppelzentner, was für die Rückführung der Brotpreise auf den alten Stand, besonders in Westdeutschland, unbedingt notwendig wäre. Die Abgabe aus den Roggenbeständen ist versprochen. Wir haben gegenwärtig eine Roggenhaufe. Wenn die Roggenabgabe wirksam sein sollte, müßte sie sofort, und zwar in sehr großen Mengen, erfolgen. Die Stadt Berlin verbraucht ohne den Haushaltsbedarf, allein für Bäckereien und Brotfabriken, monatlich 30 000 Tonnen Roggen. Überall in Deutschland wird aber Roggen und Roggenmehl gehandelt. Um die Roggen- und Weizenpreise zu senken, müßten mindestens sofort 100 000 Tonnen Roggen in den Markt gegeben werden. Geschicht das nicht, wird mit der Abgabe gezögert, und erfolgt die Abgabe in kleinen Mengen, dann geht die Roggenhaufe einfach weiter; bestenfalls wird sie gestoppt. Es ist aber bisher noch nichts davon bekannt, daß eine sofortige und gründliche Abgabe an den Markt erfolgen soll.

Es werden auch die im Land noch vorhandenen Roggenbestände nicht auf den Markt gebracht, wenn der öffentliche Roggenverkauf nicht mit aller Eile erfolgt. Uebrigens sind die deutschen Roggenbestände wahrscheinlich zu knapp bis zur Ernte. Man würde also den Roggenjoll senken müssen, um ausländische Bestände nach Deutschland zu führen. Daran wird aber überhaupt noch nicht gedacht. Es steht also bei den Roggenmaßnahmen, um eine ausreichende Senkung der Weizenpreise schnell zu erreichen, auch außerordentlich ungünstig aus.

Die Wahrscheinlichkeit, daß es Herrn Schiele mit der Senkung

der Brotpreise auf den alten Stand nicht ernst ist, wird also durch Reden und Tatsachen erhärtet.

Herr Schiele hat aber der Öffentlichkeit gestern noch eine Ueberzeugung bereitet, die erkennen läßt, daß er Rechtfertigungsgründe für sein Zögern sucht. Er hat in seiner Rede im deutschen Landwirtschaftsrat die Verpflichtung der Regierung zwar anerkannt, einer Brotpreissteuerung vorzubeugen. Er hat aber hinzugefügt, daß „nach den Ermittlungen des Statistischen Reichsamts der durchschnittliche Brotpreis im April sogar noch etwas unter dem im Gesetz als Richtlinie festgesetzten Ausgangspunkt im Durchschnitt der Monate Oktober 1930 bis März 1931 lag“. Er hat an dieser Stelle hinzugefügt, daß er an dem mühsam wiederhergestellten Gleichgewicht in unserer Roggenwirtschaft nicht rütteln lasse.

Wir erachten diese Berufung des Reichsernährungsministers auf Feststellungen des Statistischen Reichsamts, die bisher nur ihm bekannt sind, der Öffentlichkeit aber erst anfangs nächster Woche zur Verfügung stehen werden, als einen Beweis von Schieles schlechtestem Willen, der die Brotpreisfrage zu einer sehr ernstlichen politischen Frage werden läßt. Wir können aus genauer Kenntnis der Dinge feststellen, daß den Ermittlungen des Statistischen Reichsamts einmal überwiegend die Brotpreise von mittleren und kleinen Städten und zum anderen der Durchschnitt des ganzen Monats April zugrunde liegen, während der Stichtag des 22. April, auf den es hier allein ankommt, für das Reich die Tatsache des Ueberschreitens des Durchschnittspreises authentisch belegt. Herr Schiele mißbraucht also die aus traditionellen Gründen im Statistischen Reichsamts bestehende Uebung, nur den ganzen Monat April zugrunde zu legen, während er selbst weiß, daß die Brotpreisbewegung immer rückwärts einzieht, wie es in der zweiten Hälfte des April geschehen ist, und daß für die Auslegung des Gesetzes vom 28. März nur die Tatsache der Brotpreiserhöhung als solche maßgebend sein darf.

Herr Schiele kann an der Tatsache nicht rütteln, daß in fast allen Großstädten Deutschlands, selbst im Monatsdurchschnitt April der Tatbestand erfüllt war, daß die Reichsregierung von ihrer Pflicht, einer Preissteigerung vorzubeugen, längst hätte Gebrauch machen müssen. Herr Schiele kann aber auch an der gestrigen Veröffentlichung des Preussischen Statistischen Landesamtes nicht rütteln, daß im Monat April 18 von 22 berichtenden Großstädten und 12 von 29 sonstigen Städten Brotpreissteigerungen gegenüber März bemerkt haben, die in Piegeln und Kottbus gegen den März 21 und 13 Proz. betragen (!) und in den übrigen Fällen zwischen 12,9 und 2,4 Proz. lagen. Die Sache ist sogar noch schlimmer: Legt man nämlich einen vollen Jahresdurchschnitt zugrunde, also die Zeit vom März 1930 bis März 1931, so ergibt sich, daß in 14 Großstädten im April selbst der günstigere Jahresdurchschnitt übertroffen worden ist.

Aus dem praktischen Verhalten des Reichsernährungsministeriums und aus seinen Äußerungen auf der Tagung des Deutschen Landwirtschaftsrates muß man den Schluß ziehen, daß die bisher angekündigten offensichtlich unzulänglichen Maßnahmen zur Senkung des Brotpreises auf den alten Stand wegen der politischen Hemmungen, denen Herr Schiele untersteht, mit Absicht unzulänglich gewählt worden sind. Damit entsteht die Frage, was der Reichskanzler und was das gesamte Reichskabinett zu dieser von Herrn Schiele herbeigeführten Lage zu sagen haben?

Volkspartei, Handel und Industrie.

„Von roten Ketten macht euch frei...“

Die Deutsche Volkspartei hat sich einen „Reichsausschuß für Handel und Industrie“ zugelegt, in dem sie die kapitalträchtigen Kreise ihrer Anhängerschaft vereinigt. Dieser Reichsausschuß hat gestern und vorgestern getagt und sich verschiedene Reden angehört, die auf seine geistigen Bedürfnisse zugeschnitten waren. Herr Dr. Hugo predigte gegen den Marxismus und nahm es als Verdienst seiner Partei in Anspruch, „ein Abgleiten der Regierung Brüning in sozialistische Gedankengänge verhindert“ zu haben. Deswegen ist aber Dr. Hugo noch lange nicht zufrieden, denn „in den Lohnverhältnissen sind wir noch nicht so weit, wie es notwendig ist“. Die größte Gefahr sieht er „in der sozialistischen Inflation; weitest Kreise“.

Ähnlich äußerte sich der Parteivorsitzende Dr. Dingeldey, der „die Rückkehr zum klaren privatwirtschaftlichen Denken“ verlangte, gegen „die Irrlehre vom Versorgungs-

staat“ witterte und — unter Komplimenten für Brüning — neue „unpopuläre Maßnahmen“ ankündigte.

Berschiedene Wendungen der beiden Hauptredner lassen erkennen, daß die Volkspartei sehr beifällig ist, der nationalsozialistischen Konkurrenz das Wasser abzugraben und sich selber als die einzig zuverlässige kapitalistische Partei zu empfehlen. Ueber diese Empfehlung hinaus scheint uns die Tagung eine besondere politische Bedeutung nicht zu besitzen. Man hat den Versammelten gesagt, was sie gerne hören wollen. Man hat den „Mut zur Unpopularität“ gefeiert, aber ihn gegenüber diesem erlesenen Publikum nicht gefunden. Nicht nur die Monarchie — auch der Kapitalismus hat seine Byzantiner, und man ist nicht umsonst „Deutsche Volkspartei“.

Der Kirchenvertrag. Am Montag, dem 11. Mai, erfolgt im Sitzungssaal des preussischen Staatsministeriums zu Berlin die Unterzeichnung des zwischen dem preussischen Staat und den acht evangelischen Landeskirchen abgeschlossenen Kirchenvertrages.

Snowdens Notbudget.

Englischer Budgettag — der Tag des Volkes.

London, Anfang Mai. (Eigenbericht.)

Wo ist in Deutschland der Begriff des englischen „Budget-Tages“? Wochenlang vorher diskutieren ihn und orakeln die Zeitungen. Es wird gerechnet und geredet, vermutet und gedeutet, die Spannung wächst von Tag zu Tag, bis endlich der Vorhang aufgeht, vor überfülltem Hause, vor dichtbesetzten Galerien und vor Menschenmassen, die auf der Straße harrten.

Englischer Budgettag, das ist nicht nur die Rechnungsablage des vergangenen Jahres, er ist gleichzeitig der wirtschaftliche und politische Ausblick in die Zukunft. Aus dem Staat wird eine Familie. Kontrolliert durch ihren Sachverwalter, prüft sie wiederum diesem Treuhänder jedes Komma nach. Das war selbst im Kriege, als die Millionen wie Schillinge wirbelten, während das einen Sieg voraussehende kaiserliche Deutschland, um die patriotische Stimmung nicht erkalten zu lassen, keinen Pfennig vom Kriegsgewinn abzog und Finanzminister Helfferich von dem Bleigewicht der Milliarden sprach, das er den geschlagenen Feinden auf Jahrhunderte anhängen wollte.

Sie haben sich beide getäuscht, Helfferich wie Lloyd George. Mit einer geradezu brutalen Rücksichtslosigkeit zeigt es der „Eiserne Kanzler“, der eiskalte Rechner Snowden. Sein Etat schleppt das Bleigewicht der Kriegsschulden und der Kriegsausgaben für das Jahr 1931/32 entfallen allein 303 Millionen Pfund auf Zinsentilgung und 52 Millionen auf Abtragung der Kriegsschulden nebst 9,3 Millionen für Zahlungen an Irland und Verschiedenes. Die Kriegspensionen erfordern diesmal 50 1/2 Millionen Pfund, die Zivilpensionen rund 2 Millionen Pfund, so daß bereits mehr als die Hälfte des Etats und der Staatsausgaben gebunden und für jede Regierung zwangsläufig gegeben ist. Es kommen hinzu die Ausgaben für Verwaltung und Ministerien, für Justiz, Polizei, Zoll, Uebersee usw., insgesamt etwa 56 Millionen Pfund, denen sich ebenfalls kein Regierensystem entziehen kann. Der um eine halbe Million Pfund verringerte Heeres- und Flottenetat erfordert einschließlich Pensionen 109 1/2 Millionen Pfund Sterling.

Bleiben die rein sozialen Ausgaben: 40 bis 50 Millionen Pfund Sterling als Zuschuß zur Arbeitslosenunterstützung, Schule und Erziehung 57 Millionen Pfund, Siedlungswesen usw. 5 1/2 Millionen, Krankenversicherung 6 1/2 Millionen und Zuschuß für die Gemeinden rund 46 Millionen Pfund Sterling. (Insgesamt erfordern Arbeits-, Gesundheits- und Pensionsministerien 119 1/2 Millionen Pfund Sterling.)

Das ist der diesmalige Etat der Arbeiterregierung, ein Notbudget, das in Einnahmen und Ausgaben dem des Vorjahres ungefähr gleich ist, lediglich erhöht um die voraussehbaren Mehrkosten für die Arbeitslosenunterstützung. Für 37,4 Millionen Ausgaben sieht Snowden keine Deckung. Er beschafft sie, indem er die Benzinsteuern erhöht, was 7 1/2 Millionen Pfund einbringen soll und die Einkommensteuer der Besitzenden am 1. Januar zu dreiviertel vorausbezahlt werden muß, in der Praxis eine Erhöhung der Einkommensteuer um 10 Millionen Pfund, und schließlich dadurch, daß 20 Millionen englische Pfund aus New York zurückgeholt werden, wo sie als Dollarreserve lagern.

Es ist das Jahr des schwersten wirtschaftlichen Niederganges und der schwersten Krise, in der die Minderheitsregierung der Labour Party ihren Etat vorgelegt hat, und auch dieser Etat ist nur ein Kompromiß, das sie mit den Liberalen eingehen mußte. Ein Budget ohne Experimente, weder auf der Soll- noch auf der Haben-Seite. Mehr belastet sind lediglich die besitzenden Klassen durch die Vorauszahlung der Einkommensteuer. Der zweite große Schrei kommt von den großen Landeigentümern, denen eine neue und erhöhte Besteuerung für den un bebauten Boden vom Jahre 1933 an sicher ist. Die Einzelheiten dieses Gesetzes sind einstweilen noch nicht bekannt. Klar ist nur nur der Grundgedanke Snowdens: „der Ungerechtigkeit des privaten großen Grunderwerbs ein Ende zu bereiten.“ Es ist der erste Hieb der Arbeiterregierung gegen das Oberhaus und die Lords, die das Agrargesetz und den Erwerb von großem Siedlungsraum für Erwerbslose abgelehnt und dadurch um zwei Jahre verzögert haben. Die Abgeordneten der Labour Party quittierten diesen Schachzug und diesen Teil der Etatsrede Snowdens mit für mich ein Befall, während die Konservativen bleich und stumm dasäßen.

Es sind dieselben Konservativen, die ihre aller-

dings hoffnungslose Opposition gegen das gesamte neue Budget eröffnet haben und auch die Unabhängige Arbeiterpartei spart nicht an der Kritik. Die einen: weiß ihnen das Budget zuviel Sozialismus enthält, die zweiten beklagen sich über zu wenig! Maxton und Jenner-Brockway erwarteten die Erweiterung des sozialen Pflichtkreises, Familienunterstützung, Erhöhung der Altersrenten usw. Die dazu erforderlichen erhöhten Einnahmen? Erhöhte Einkommensteuer! Was Snowden mit der Antwort quittiert: Erhöhte Besitz- und Einkommensteuer bedeutet jetzt lediglich die Verminderung des Lohns und beides zusammen die Verschärfung der Wirtschaftskrise!

Entgegengehezt der W.P.-Gruppe strebt die mächtige Konservative Partei zum allgemeinen Abbau. Herunter mit den Steuern für die Besitzenden und herunter mit den sozialen Lasten, mit Arbeitslosenunterstützung, Altersrenten und Witwenpensionen!

Die Minderheitsregierung der Labourparty ist den mittleren Weg gegangen. Sie hat ihr vorjähriges Budget aufrechterhalten! Dem oberflächlichen Betrachter erscheint es gering. In Wahrheit ist dieses neue Budget eine soziale und politische Tat ersten Ranges. Zu ermessen ist sie aus dem letzten Etat der konservativen Regierung Baldwin.

Einige Zahlen und Beispiele: Fünfhunderttausend Witwen und Waisen sind seit 1930 durch die Arbeiterregierung pensionsberechtigt geworden. 150 000 Arbeitslose, die die Konservativen der Armenunterstützung überließen, sind in die Arbeitslosenfürsorge übernommen worden und das künftige Abgleiten in die Armenklasse ist für Hunderttausende verhindert. Für die produktive Erwerbslosenfürsorge ist eine Anleihe von 173 Millionen Pfund Sterling bereitgestellt, wodurch bis jetzt 213 000 Arbeitslose in den Produktionsprozeß zurückgeführt werden konnten. Die Erwerbslosenfürsorge ist teilweise erhöht, und eine Anleihe von 90 Millionen Pfund sichert die Aufrechterhaltung und die Höhe der Erwerbslosenfürsorge. Bezahler, einwöchiger Erholungsurlaub für die Staatsarbeiter, 7½-Stunden-Tag für die Bergarbeiter, Wohnungs- und Siedlungsbau, Landdrainage und Aufforstung, Agrargesetz und Schulgesetz mit Erhöhung des schulpflichtigen Alters und Unterstützung der Eltern sind im Unterhaus durchgesetzt und nur durch den Widerstand des Oberhauses auf zwei Jahre hinausgeschoben, um dann automatisch Gesetz zu werden.

Das ist nur der Hauptteil der sozialen Tätigkeit der Arbeiterregierung. In sozialer Beziehung marschiert heute England an der Spitze aller Staaten. Um jährlich 47 Millionen Pfund Sterling ist der ordentliche Etat durch diese neuen sozialen Ausgaben belastet, während neun Zehntel der Kosten für die Arbeitslosigkeit im außerordentlichen Etat stehen und durch Schuldenaufnahme gedeckt werden. Diese 47 Millionen Pfund Sterling aber für die vermehrten sozialen Ausgaben sind ein für allemal gedeckt durch die im vergangenen Jahr vorgenommene Erhöhung der Einkommensteuer und kein Pfennig wird hierfür aus indirekten Steuern gewonnen. Bezahlt werden die 47 Millionen Pfund ausschließlich von jenen, die mehr als 500 Pfund Jahreseinkommen haben.

Snowden hat in diesem Jahre schwerster Krise und größter Unsicherheit keine neuen Lasten dem Etat hinzugefügt. Agrar- und Schulgesetz ruhen noch, und eine stärkere Belastung der Wirtschaft dünkt ihm falsch im Hinblick auf ihren Tiefstand. Der Kardinalpunkt aber: die Labourparty ist in der Minderheit und eine Arbeiterregierung im Amt ist noch lange keine Arbeiterregierung in der kompromißlosen Macht. Trotzdem hat sich Snowden von seinem Wege nicht abdrängen lassen. Kein Schilling sozialer Ausgaben ist gestrichen, mit keinem Schilling hat er die Lebenshaltung der Massen belastet, keinen Schilling Zollerhöhung, keinen Schilling indirekter Steuer; auch das ist ein Beispiel, und eine Tat, die sich sehen lassen kann.

Ruhestörungen in Hamborn.

Erwerbslosendemonstration vor dem Rathaus.

Hamborn, 6. Mai.

Heute vormittag kam es in Hamborn zu erheblichen Ruhestörungen. Gegen 11 Uhr erschien aus dem Stadttell Neumühl ein Demonstrationszug von Erwerbslosen, der unter Hungerrufen vor das Rathaus zog und in das Gebäude eindrang. Die Schnellhilfe wurde herbeigerufen, doch leisteten die Demonstranten derartigen Widerstand, daß es im Rathaus zu Schlägereien zwischen Demonstranten und Polizeibeamten kam. Letztere mußten vom Gummiknüppel Gebrauch machen, und es gelang nur mit größter Mühe, die Demonstranten aus dem Gebäude herauszubringen. Vor dem Rathaus und dem anschließenden Gerichtsplatz wurden die Beamten von der Menge mit Steinen empfangen und mit Steinen geschlagen. Erst als beträchtliche Verstärkung eintraf, konnte die Ruhe wieder hergestellt werden. Sechs Personen wurden festgenommen.

Stahlhelm mit Handgranaten.

Ein Landfriedensbruchprozeß in Schleswig-Holstein.

Kiel, 6. Mai. (Eigenbericht.)

In Bad Bramstedt wurden 2 Reichsbannerleute wegen Landfriedensbruchs zu je 3 Monaten Gefängnis und zwei zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Ein Stahlhelmann erhielt in dem gleichen Prozeß ebenfalls 14 Tage Gefängnis.

Wesentlich eines Wortwechsels zwischen Reichsbannerleuten und Stahlhelmern, die sich mit Postautos auf dem Wege nach Altona befanden, kam es am 23. Februar in Bad Bramstedt zu einer Schlägerei. Angreifer waren die Stahlhelmer, die mit Stielhandgranaten, die mit breiten Eisenbändern beschnitten waren, auf die Reichsbannerleute einschlugen. Es gab mehrere Schwerverletzte. Obwohl die Zeugenaussagen ergaben, daß die Stahlhelmer mit den Beleidigungen und Tätlichkeiten begonnen hatten, beantragte der Staatsanwalt gegen die Reichsbannerleute Gefängnisstrafen von 9 bis 3 Monaten, jedoch gegen den Stahlhelmer wegen einfacher Körperverletzung 3 Tage Gefängnis. Das Urteil hat unter den Republikanern der Provinz Schleswig-Holstein große Entrüstung hervorgerufen.

Untergangsstimmung in München.

Spenglers schreckliche Prophezeiungen.

München, 6. Mai. (Eigenbericht.)

Die Jahresversammlung des Deutschen Museums, zu der rund 400 geladene Gäste aus Kreisen der in- und ausländischen Wissenschaft und Wirtschaft in München eingetroffen sind, begann im Ehrensaal des Museums mit einem sensationell wirkenden Vortrag von Oswald Spengler über „Kultur und Technik“. Seine Gedanken, die er vortrug, rüttelten in einem geradezu revolutionärem Tempo an dem alten Gebäude der zünftigen Wissenschaft.

In den Mittelpunkt seiner Ausführungen stellte Spengler die Behauptung, daß der Mensch der höchstentwickelte Typus der Raubtiere sei, die auf der Erde leben. In der heutigen Entwicklung der Menschheit sei die feilsche Verwandtschaft zwischen den besten Menschen und den besten Raubtierexemplaren im Tierreich ungeheuer groß. Der Unterschied zwischen beiden Gattungen bestehe nur darin, daß mit dieser Art Mensch die individuelle Technik in die Welt gekommen sei, die ihn befähigt habe, das größte aller Raubtiere zu werden. Das Alter der Menschheit schätzte Spengler auf etwa 150 000 Jahre. Die Entwicklung zur Technik habe im fünften Jahrtausend vor Christus begonnen, mo in einem kurzen Prozeß dem Menschen die Hand geworden sei und er dazu die Werkzeuge zur Technik erfunden habe. Seit diesem Zeitpunkt, in dem auch die menschliche Sprache ent-

standen sei, habe sich die Seele des Menschen über die Seele des Raubtieres hinaus entwickelt, denn Arbeit und Handarbeit, Führerarbeit und Ausführerarbeit hätten sich getrennt und bildeten von nun an die Basis für die Kultur der Technik. Eine zweite Ära der Menschheit verlegt Spengler in den Anfang des zweiten Jahrtausends nach Christus. Es beginnt mit der Gotik und sei die letzte Epoche des nordischen Menschen, in der der Kampf des Lebens und ein unbegrenzter Wille zur Macht zum obersten Prinzip gemacht worden seien. In diesem Zeitraum eingeschlossen liege die ungeheure Entwicklung der Technik im Kampf gegen die Natur, die heute als im wesentlichen abgeschlossen bezeichnet werden müsse. Denn der Mensch sei zum Sklaven seiner eigenen Schöpfungen geworden, und die weiße Rasse, zu der er bemerkenswerterweise die Russen nicht zählt, stehe unmittelbar vor ihrem Untergang. Das Letzte, was noch zu tun übrig bleibe, sei, diesen Untergang mit Heroismus zu ertragen.

Die Zuhörer waren von dem Pessimismus der Spenglerischen Spekulationen sichtlich erschöpft, so daß Dr. Schacht als Vorsichtiger in einem kurzen Schlusswort versuchte, durch einen Appell an die göttliche Sendung des Menschen den Abspruch etwas abzuschwächen. Die Korpsbän der Wissenschaft und der Wirtschaft gingen wie geprügelte Hunde auseinander.

Kontrollauschuß einberufen.

Zollunion und österreichische Finanzwirtschaft werden in Genf geprüft.

Genf, 6. Mai. (Eigenbericht.)

Trotz wiederholter Dementis bestätigt sich nunmehr, daß der internationale Kontrollauschuß für die österreichische Sanierungsanleihe zum 13. Mai nach Genf einberufen worden ist. Der Zweck seines Zusammentritts ist, den Einfluß der Zollunion auf die österreichische Finanzwirtschaft zu prüfen. Der Ausschuß steht unter dem Vorsitz Italiens und wurde gemäß dem Protokoll von 1922 über die Finanzhilfe in Oesterreich gebildet. Seine Einberufung, die einen gewissen Schluß auf die Haltung Italiens zu dem Problem der Zollunion zuläßt, vermehrt die Schwierigkeiten, denen das deutsch-österreichische Projekt gegenübersteht.

Sind die Verhandlungen unterbrochen?

London, 6. Mai. (Eigenbericht.)

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Herald“ entnimmt aus der Unterhauserklärung Hendersons über die deutsch-österreichische Zollunion, daß die diesbezüglichen deutsch-österreichischen Verhandlungen einseitigen unterbrochen worden sind. Das beweise eine veränderte Haltung Deutschlands, das jetzt ängstlich darauf bedacht sei, die Bemühungen des Völkerbundes nicht zu stören, sondern einen ruhigen Ausweg aus den gegenwärtigen Schwierigkeiten zu suchen.

Hochschulgeld in Oesterreich.

Wie aus Wien berichtet wird, wird die österreichische Regierung in den nächsten Tagen eine neue Zollvorlage einbringen, die einen ausgesprochen hochschulzöllnerischen Charakter trägt, und zwar sowohl für landwirtschaftliche wie für industrielle Erzeugnisse, deren Zollsätze bedeutend erhöht werden sollen.

Es scheint, daß die gegenwärtige Bundesregierung die Zollunion

mit Deutschland im Interesse der landwirtschaftlichen Kreise insofern vorweg nimmt, als sie Hochschulgeld nach dem Muster Schieles einführen will. Dabei sollen, wie ein Wiener Bericht des „Berliner Tageblatts“ unterstreicht, eine ganze Reihe von Industriewaren mit erhöhten Zöllen bedacht werden, die Oesterreich fast ausschließlich aus Deutschland bezieht. Allerdings würden sich diese neuen Sätze Deutschland gegenüber einstweilen nicht auswirken, da der Handelsvertrag zwischen Deutschland und Oesterreich erst im Januar 1933 kündbar wird.

Neuer Zollwaffenstillstand?

Frankreich ratifiziert nachträglich.

Genf, 6. Mai.

Zum allgemeinen Erstaunen und reichlich spät hat die französische Regierung dem Völkerbundsrat nunmehr ihre Ratifikation des allgemeinen Handelsabkommens vom 24. März 1930 mitgeteilt. Das Abkommen war auf der dritten Zollfriedenskonferenz im März 1931 infolge des französischen Widerstandes endgültig gescheitert. In Genf erklärt man, daß die nachträgliche Ratifikation des Abkommens durch Frankreich im April fast unbemerkt durch den französischen Senat vollzogen worden sei und daß sie nur moralischen Wert habe. Es scheint aber, daß die Ratifikation doch in einem inneren Zusammenhang mit dem belgischen Vorschlag für die Europaverhandlungen steht, das Kernstück des gescheiterten Handelsabkommens in einem neuen Abkommen nach einmal aufzugreifen, in dem sich die Staaten verpflichten sollen, im Falle etwaiger Aufkündigung ihrer Handelsverträge sich vorher gegenseitig zu benachrichtigen, um Ausgleichsverhandlungen zu ermöglichen. Man hört deshalb auch, daß dieser Gedanke unter Umständen für den französischen Gegenplan zu dem deutsch-österreichischen Zollabkommen bei den Europaverhandlungen eine Rolle spielen könne.

Die Werkspionage bei der I.G.-Farben.

Weitere Verhaftungen.

Frankfurt, 6. Mai. (Eigenbericht.)

Der Frankfurter Generalanzeiger schreibt zu der bekannten Werkspionageaffäre bei der I.G.-Farbenindustrie und anderen Betrieben, er habe von gut unterrichteter Seite erfahren, daß jetzt auch der Werkmeister einer großen chemischen Fabrik in Frankfurt festgenommen worden sei. Der Oberreichsanwalt habe auch die politische Polizei mit der Klärung der Zusammenhänge der unter Leitung des verhafteten Kommunisten Erich Steffen stehenden Berliner Spionagezentrale und der sowjetrussischen Handelsvertretung in Berlin beauftragt. Aus Gefändnissen von Arbeitern der höchsten Farbwerke usw. sowie auf Grund von beschlagnahmten Fragebogen, die Steffen bzw. seine Vertrauensleute Arbeitern und Angestellten zum Ausfüllen vorgelegt hatten, könne der Schluß gezogen werden, daß die Berliner Handelsvertretung der Sowjetunion von der Spionageaffäre gewußt haben müsse.

Gandhi und Manchester.

Boykott englischer Waren steigert indirekt Produktion.

London, 6. Mai.

Infolge der indischen Boykottbewegung gegen britische Baumwollwaren arbeiten 25 Spinnereien in Bombay jetzt mit doppelter Belegschaft. 15 000 Arbeiter konnten neu eingestellt werden. Verschiedene weitere Spinnereien tragen sich ebenfalls mit dem Gedanken, Doppelschichten einzuführen.

In einer Protestkundgebung an der Börse von Manchester saßen die Mitglieder der Börse und die Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Spinnereien von Lancashire am Dienstag eine Entschiedenheit, in der die englische Regierung aufgefordert wird, bei der indischen Regierung dringende Schritte zur Aufhebung des Boykotts zu tun, der Hunderttausenden von britischen Arbeitern die Existenzmöglichkeit raube.

Auf die Erklärung der Mitglieder der Börse von Manchester erwiderte Gandhi, der Boykott englischer Erzeugnisse sei eine wirtschaftliche Selbstverteidigungsmäßnahme des halboberhungerten indischen Volkes. Anstatt eine drohende Haltung Indien gegenüber einzunehmen, hätten die Leute von Manchester und Lancashire besser getan, wenn sie sich nach Mitteln und Wegen umgesehen hätten, um ihre Waren in anderen Ländern unterzubringen, in denen ihre Erzeugnisse willkommenen seien als in Indien.

Heilung der Krebskrankheit?

Entdeckung eines englischen und eines holländischen Gelehrten.

London, 6. Mai. (Eigenbericht.)

Der „Daily Herald“ meldet als erstes englisches Blatt von einem großen Fortschritt in der Krebsforschung und Krebsheilung, erzielt von einem jungen englischen Medizinalwissenschaftler und einem holländischen Arzt. Beide sind zu dem Ergebnis gekommen, daß der Krebs eine Erkrankung des Blutes sei. Der englische Entdecker behandelte seit sechs Monaten in drei Londoner Hospitälern Krebskranke durch ein Präparat, gewonnen aus einer Halsdrüse.

Die die Wirkung verfolgenden Sachverständigen spenden der Behandlung großen Beifall und sind außerordentlich befriedigt über die erzielten Erfolge. Der holländische Arzt stellt sein Heilpräparat auf technischem Wege her und soll ebenfalls die besten Resultate gewonnen haben. Einwilligen bleiben die Namen der Entdecker über die Einzelheiten der Behandlung verschwiegen.

Toulon größtenteils zerstört.

Bei Luftmanövern.

Paris, 6. Mai. (Eigenbericht.)

Auf der Reede von Toulon haben in den letzten Tagen kombinierte Luft- und Flottenmanöver stattgefunden, die am Dienstag mit einem Massenangriff auf den Hafen von Toulon durch 150 Flugzeuge abgeschlossen wurden. Dagegen sich Küstenabwehrbatterien und mehrere Jagdflugzeuggeschwader an der Abwehr des Angriffs beteiligten, wurde am Schluß des Manövers zugegeben, daß im Ernstfall ein großer Teil von Toulon zerstört worden wäre.

Festkonzert der Arbeiterfänger.

(Phiharmonie.)

Im großen Saal der Phiharmonie fand gestern abend das erste Festkonzert anlässlich der 40-Jahr-Feier des D.V.S. Gau Berlin statt. Die Ausführung des Programms, das in reicher Folge Volkslieder des In- und Auslandes brachte, zeigte unsere Arbeiterfänger auf der Höhe ihrer künstlerischen Aufgabe. Es gab begeisterten Beifall nach jeder Nummer. L. F.

Diskontierung in Amerika.

Die Bundesreservebank von Boston hat ihren Diskont von 2½ auf 2, die Bundesreservebank von Philadelphia von 3¼ auf 3 Proz. herabgesetzt. Man darf danach erwarten, daß die Diskontfrage auch für die Bundesreservebank in New York bald fällig werden wird. Damit wäre ein neuer Anlaß für die Deutsche Reichsbank gegeben, die Diskontfrage auch in Deutschland herabzusetzen.

Weltdiskussion über Löhne und Zölle.

Die Tagung der Internationalen Handelskammer in Washington.

Im weiteren Verlauf der Internationalen Handelskammertagung in Washington machte der deutsche Delegierte Dr. Hamm nicht die Ueberproduktion, sondern die Unzulänglichkeit der Kaufkraft für die Weltkrise verantwortlich. Bei den meisten Gütern und Völkern sei eine wirkliche Sättigung des Bedarfs noch nicht erreicht. Notwendig sei die Stärkung der ärmeren Völker durch Kapitalzufuhr.

Sehr verschieden waren die Auffassungen über die Löhne auch unter den Amerikanern. Der amerikanische Schatzamtssekretär Mellon unterstützte Hamm's Auffassung und forderte Hochhalten des Lohnniveaus und Senkung der Preise und Kosten auf anderen Wegen. Mellon trat der Direktor der General Electric, Swape, mit für deutsche Auffassungen allen Kamellen entgegen. Die Arbeitslosenunterstützung demoralisiere den Arbeiter, meinte er, Wohltätigkeit mache ihn zum Bettler, und das Problem der ständigen Beschäftigung könne nur durch Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gelöst werden. Wenn der Unternehmer, was richtig wäre, die Kosten der regulären Beschäftigung eines festen Arbeiterstammes in seine Produktionskosten und Preise einrechne, so müßten sich die Arbeiter auf der anderen Seite für die Gewährung ständiger Beschäftigung mit niedrigen Löhnen begnügen. Das war sicher nach dem Herzen der in Washington befindlichen deutschen Unternehmer geredet, die sich offenbar bemühen, ihre Kollegen in Amerika zur Politik der deutschen Unternehmer zu bekehren.

Alle amerikanischen Redner waren sich in dieser Sitzung darüber einig, daß der amerikanische Zolltarif nicht gesenkt werden dürfe. Der belgische Vertreter, Theunis, meinte, daß das eigentlich der Sinn von Mellons Bemerkung gewesen wäre, daß Amerika jetzt keine gefährlichen Experimente machen dürfe, und natürlich fehle auch ein Universitätsprofessor nicht, Herr Donham von der Harvard-Universität war es, der die uninnige Behauptung verzapfte, daß eine Senkung der amerikanischen Zölle den Lebensstandard der Arbeiter herabdrücke und die Vereinigten Staaten zum gefährlichsten Konkurrenten Europas auf allen Weltmärkten machen werde: als ob nicht jede Zollentlastung in erster Linie jeden Binnenmarkt aufnahmefähiger macht, und besonders den amerikanischen!

Die Aktion der Kriegsofoper.

Der Reichsarbeitsminister zieht Sperrerrlasse zurück.

In einem solchen herausgegebenen Erlaß hat, wie wir vom „Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerrückbliebenen“ erfahren, der Reichsarbeitsminister angeordnet, daß Erziehungsbeihilfen, Kinderzulagen und Waisenrenten bei Berufsausbildung nach Vollendung des 18. Lebensjahres sowie Witwen- und Waisenbeihilfe bei Pflegezulagenehmigern wieder erhöht und neu bewilligt werden können.

Wir berichteten ausführlich über die großen Kundgebungen des Reichsbundes, die in Berlin und hundert Städten des Reichs bei einer Beteiligung von nahezu einer Viertelmillion Kriegsopfern stattfanden. Am 4. April hatte der Reichsarbeitsminister die ihm untergeordneten Versorgungsdienststellen durch einen Sperrerrlaß angewiesen, nur solche Ausgaben zu leisten, für die eine gesetzliche Verpflichtung besteht. Darüber hinaus sollte die Leistung aller hinauschiebbaren Ausgaben auf mindestens das zweite Vierteljahr, wenn möglich, das zweite Halbjahr, des Haushaltsjahres verschoben werden. Für die Bewirtschaftung der Ausgabemittel in der Versorgung der Kriegsofoper wurden weitere Sonderbestimmungen erlassen. Das Eingreifen des Reichsbundes führte dazu, daß schon Mitte April in nicht ausschließbaren Fällen Abschlagszahlungen auf später zu gewährende Unterstühtungen wieder bewilligt werden konnten.

Die neue Milderung des ministeriellen Erlasses ist ohne Zweifel eine Folge des großangelegten Protestes des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerrückbliebenen.

„Rote Fahne“ verboten.

Auf 14 Tage.

Der Polizeipräsident teilt mit: Auf Grund der §§ 4, 13 des Gesetzes zum Schutze der Republik vom 25. März 1930, Reichsgesetzblatt I Seite 91, sowie der §§ 132 und 12 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. März 1931, Reichsgesetzblatt I Seite 79, wird die „Rote Fahne“ auf die Dauer von 14 Tagen mit sofortiger Wirkung bis zum 21. Mai verboten. Das Verbot umfaßt auch jede angeblich neue Druckschrift, die sich sachlich als die alte darstellt. Das Blatt wird verboten auf Grund des Artikels in Nr. 104 der „R. F.“ vom Mittwoch, dem 6. Mai, auf Seite 1 mit der Ueberschrift „2 Jahre RFB-Verbot“, in dem die republikanische Staatsform beschimpft und verächtlich gemacht wird.

Großfeuer in Grünau.

Klosterfabrik in Flammen.

In der Klosterfabrik der Firma Jopka in der Köpenicker Straße 4/6 in Grünau brach gestern abend gegen 10¼ Uhr ein Brand aus, der sich in kurzer Zeit zu einem Großfeuer entwickelte. Bei den Löscharbeiten erlitten der Oberbrandmeister Nunk und der Feuermehrmann Hein von der freiwilligen Feuerwehr Grünau schwere Rauchvergiftungen, so daß sie ins Köpenicker Krankenhaus gebracht werden mußten. Das Feuer, das einen großen Teil der Fabrik einäscherte, konnte schließlich lokalisiert werden.

Bluttat im Südwesten.

Die Braut erschossen. — Selbstmord des Täters.

Im Hause Blücherstraße 33 spielte sich gestern um 23 Uhr eine blutige Eiferuchstragödie ab. Der Mächtige Verläufer Adolf Gottschick erschoss seine 18jährige Braut Ella Helge aus der Berliner Straße 97 in Hohenschönhausen nach einem vorangegangenen Streit und tötete sich unmittelbar darauf durch einen Schuß in die Schläfe.

In der Quetsche.



Die Stahlhelmsführer: „Wir bringen Ihnen einen großen Auftrag. Sie sollen das Originalflugblatt mit dem Ausruf der Volksbeauftragten vom 9. November 1918 für uns drucken.“

Das zweite Brauns-Gutachten.

Anfurbelung der Wirtschaft durch Auslandsanleihen.

Die Brauns-Kommission veröffentlicht den zweiten Teil ihres Gutachtens: Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Arbeitsbeschaffung. Den Kern dieses Gutachtens bilden eine Reihe von Vorschlägen zur „Anfurbelung der Wirtschaft“, und die Feststellung, daß Auslandskapital zu diesem Zwecke herangezogen werden muß. Darüber sagt das Gutachten:

Diese Lage zwingt dazu, der durch äußere Umstände gehemmten Initiative der Privatwirtschaft dadurch zu Hilfe zu kommen, daß durch eine Kapitalwerbung auf Grund öffentlichen Kredits neue Arbeitsgelegenheit geschaffen wird, die ihrerseits ausstrahlt auf Beschäftigung und Absatz der deutschen Gesamtwirtschaft. Das natürliche Betätigungsfeld werden dabei solche Aufgaben sein, die sich für eine zentrale Planung eignen, dauernden volkswirtschaftlichen Wert besitzen und durch ihren Ertrag das aufgewandte Kapital lohnen.

Sollen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung nicht nur eine zeitweilige Milderung der Arbeitslosigkeit, sondern darüber hinaus eine Belebung der Gesamtwirtschaft bringen, die einer wachsenden Zahl von Arbeitskräften zugutekommt, so muß es sich um weitgreifende Pläne und Einsatz großer Mittel handeln.

Die Durchführung eines solchen Programms bedingt keineswegs, daß das Kapital an anderer Stelle der deutschen Wirtschaft entzogen wird, vielmehr soll Kapital nutzbar gemacht werden, welches ohne diese Maßnahmen nicht zur Verfügung stehen würde. Da in Deutschland die Aufnahme von Kredit zur Zeit in ausbleibendem Maße nicht möglich ist, muß Auslandskapital, vorausgesetzt, daß es zu erträglichem Zinsfuß zu erhalten ist, herangezogen werden.

An besonderen Maßnahmen schlägt das Gutachten vor: **Energiemwirtschaft.** Trotz der großen Entwicklung der Elektrizitätswirtschaft in den letzten Jahren bietet sie noch Raum für weitere wirtschaftlich zweckmäßige Investitionen und zwar nicht nur auf dem Gebiet des noch weiterhin notwendigen Ausbaus von Kraftwerken, sondern auch auf dem Gebiet des Ausbaus der Leitungsnetze, der nach den Berechnungen von Sachverständigen eine Verbilligung der Gesehtungskosten herbeiführen soll. Große Entwicklungsmöglichkeiten sind auch auf dem Gebiet der Gaswirtschaft vorhanden, deren Anlagen zum Teil veraltet sind.

Verkehrswesen. Der Bau von Durchgangsstraßen für den Fernverkehr und der Kanalbau wird abgelehnt. Dagegen bieten sich bei der Reichsbahn innerhalb des bestehenden Rahmens auch neben der bereits erwähnten Aufgabe der Elektrifizierung noch zahlreiche andere Möglichkeiten wirtschaftlich zweckvoller Arbeitsbeschaffung. Wehnlich liegen die Dinge bei der Reichspost.

Als förderungswürdig erachtet die Kommission die Verbesserung des alten Strahennetzes. Wichtig ist auch der Ausbau der ländlichen Straßen, insbesondere die Schaffung guter Verkehrsanschlüsse für die landwirtschaftlichen Siedlungsgebiete zur Erleichterung des Abflusses ihrer Erzeugnisse. Im übrigen verdient die Anlage von Zubringers-, Verbindungs- und Umgehungsstraßen hervorgehoben zu werden.

Landwirtschaftliche Meliorationen. Als ein besonders geeignetes Feld für die Arbeitsbeschaffung sieht die Kommission die landwirtschaftlichen Meliorationen an. Die Durchführung der Meliorationen nimmt viel Arbeitskraft, verhältnismäßig geringes Kapital und im Einzelfall nur kurze Zeit in Anspruch. Gegenwärtig muß fast ein Viertel des deutschen Nahrungs- und Futtermittelbedarfs eingeführt werden. Wird die Grundlage der landwirtschaftlichen Eigenproduktion verbreitert, so wird nicht nur die deutsche Zahlungsbilanz verbessert und die Abdeckung der privaten und öffentlichen Auslandsverschuldung erleichtert, sondern auch die Kaufkraft des Binnenmarktes für die Abnahme industrieller Produkte nachhaltig gestärkt und so die Arbeitsgelegenheit dauernd vermehrt. Unter den Meliorationen muß die Verbesserung des Kulturlands an die erste Stelle gesetzt werden.

Landwirtschaftliche Siedlung. Die Kommission tritt ferner für zielbewusste Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung ein. Abgesehen von den bekannten bevölkerungs- und nationalpolitischen Gründen sprechen dafür triftige arbeitsmarktpolitische Erwägungen.

Wohnungswirtschaft. Neben ihren großen Erfolgen in der Bekämpfung der Wohnungsnot hat die öffentliche Förderung des Wohnungsbaus in den vergangenen Jahren — sowohl in ihrem Umfang als in der Verteilung der Mittel auf die einzelnen Wohnungsgrößen und die Wohnungsstandorte — und die damit zusammenhängende Ausdehnung des Baugewerbes auch ihre Schattenseiten gehabt. Gleichwohl ist ein zu scharfer Bruch mit der früheren Praxis, dem Wohnungsbau in großem Umfang öffentliche Mittel zuzuführen, zu vermeiden. Der Rückgang der Industriebauten und der

Bautätigkeit für öffentliche Zwecke wird ohnehin zu einer so starken Steigerung der Arbeitslosigkeit im Baugewerbe führen, daß alles getan werden muß, um diese Steigerung in auch nur einigermaßen erträglichen Grenzen zu halten. Hingzu kommt, daß der Wohnungsbau in früheren Konjunkturperioden die bedeutsame Funktion gehabt hat, durch Einschränkung in der Hochkonjunktur und Wiederaufnahme im Konjunkturniedergang die Konjunkturwellen zu mildern. Diese Stellung des Wohnungsbaus ist durch die große Ausdehnung der Bautätigkeit der vergangenen Jahre unter dem Druck der Wohnungsnot und der Arbeitslosigkeit in ihr Gegenteil verkehrt worden. Dieser Schaden würde noch vergrößert werden, wenn der Wohnungsbau in der gegenwärtigen Periode des Konjunkturniedergangs allzu stark eingeschränkt werden würde.

Auch wer die Notwendigkeit betont, das System der durch öffentliche Mittel subventionierten Bautätigkeit allmählich wieder in das privatwirtschaftliche System der Vorkriegszeit zu überführen, kann sich der Einsicht nicht verschließen, daß im Augenblick wegen der Höhe der Zinssätze und der Baukosten die Unterstützung des Wohnungsbaus durch öffentliche Mittel nicht entbehrt werden kann.

Kostlandsarbeiten. Die Kommission hat die Frage geprüft, wie die Mittel zur Förderung von Kostlandsarbeiten verstärkt werden können. Die Kommission billigte den Plan der Aufnahme einer Anleihe, der mit nur mittelbarem Einfluß der Reichsbürgerschaft über die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten A.-G. verwirklicht werden soll. Wenn der Plan bis heute noch nicht ausgeführt werden können, so sei dies auf die bedauerliche Störung des deutschen Auslandskredits infolge der innerpolitischen Entwicklung in Deutschland zurückzuführen. Unter den gegebenen Verhältnissen sei es als ein Erfolg anzuerkennen, daß die Gesellschaft seit ihrer Gründung ein zusätzliches Programm für Kostlandsarbeiten in Höhe von 70 Millionen Mark in Gang gebracht habe. Davon seien rund 55 Millionen Mark bereits für bestimmte Projekte, in der Hauptsache werdende Anlagen, bewilligt. Im ganzen sei dadurch einschließlich der Darlehn der Länder und der Zuschüsse der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung sowie der eigenen Aufwendungen der Träger ein Kapital von mehr als 250 Millionen Mark für die werkschaffende Arbeitslosenfürsorge innerhalb von neun Monaten in Fluß gebracht worden.

Die Kommission hält die Einführung einer allgemeinen Arbeitsdienstpflicht nicht für ein geeignetes Mittel zur Entlastung des Arbeitsmarktes. Dagegen empfiehlt sie die Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes zur Milderung der Folgen der Arbeitslosigkeit. Hier handelt es sich ihr in der Hauptsache um den psychologischen Effekt, nicht um den wirtschaftspolitischen.

Die Brauns-Kommission hat keine Patentlösungen aufzeigen können; denn die gibt es nicht. Ihre Vorschläge sind nüchterne krisenpolitische Ratsschläge, die zum Teil auf der Hand liegen. Das auf der Hand Liegende pflegt aber gewöhnlich erst zuletzt zu geschehen! So ist dies Gutachten eine Mahnung, die nächstliegenden krisenpolitischen Maßnahmen nun endlich zu ergreifen, zugleich aber — gewollt oder nicht gewollt ist dabei gleichgültig — eine sehr ernsthafte Kritik an den Versäumnissen der Vergangenheit! Denn schon vor einem Jahre hätten ernsthafte Anstrengungen unternommen werden müssen, um auf diesen Wegen der Wirtschaft Halt und Anstoß zu geben. Statt dessen stand der Lohnabbau im Vordergrund — wider die volkswirtschaftliche Vernunft!

Die großen Fragen der Preisbildung, der Lohnpolitik, der Kartellpolitik sind in diesem Gutachten nicht berührt. Was es vorschlägt, sind lediglich Maßnahmen, die die Wirtschaft „aus der Erstarrung“ lösen sollen. Es ist der Gedanke eines psychologischen Anstoßes, der einen neuen Konjunktur-Automatismus auslösen soll.

Zur Durchführung dieser Vorschläge bedarf es des ernststen Willens und der Aktivität der Reichsregierung — dann aber auch der Geneigtheit des Auslandes, Kredite zu geben. Diese Geneigtheit zu schaffen und nicht zu verdecken, bedarf sehr umsichtiger politischer Führung! Worüber noch manches zu sagen wäre und bei nächster Gelegenheit auch gesagt werden soll.

Gegenbesuch in England. Der Erste Lord der Admiralität gab in Beantwortung einer Anfrage über den englischen Flottenbruch in Kiel dem Wunsch Ausdruck, daß es deutschen Kriegsschiffen möglich sei, einen Gegenbesuch in England zu machen.

Kommt in die Freibäder!



Unsere großen städtischen Freibäder sind für die beginnende Sommersaison gerüstet. Maurer, Tischler, Maler haben ihnen ein neues, verschönertes Gesicht gegeben, der Sand ist aufgelockert und gereinigt, Sonne und warmes Wetter sind bestellt. Am letzten Sonntag öffnete Freibad Müggelsee (Bild links), die im vorigen Jahre großzügig ausgebaute Erholungsstätte des Berliner Ostens, seine Pforten. Blumen- und Pflanzenschmuck auf den Terrassen passen sich der natürlichen Landschaft bestens an, für das leibliche Wohl sorgt das klare Wasser des großen Müggelsees und eine Reihe



Verkaufsläden am Wandelgang. Das Strandbad Wannensee (Bild rechts und Mitte) präsentiert sich seinen Gästen

ebenfalls in verjüngter Aufmachung. Selbst der originelle Wegweisermann hat eine neue Hose bekommen.

Das Freibad Plötzensee hat einen Verwalter erhalten, der aus alter Wassersportlernerfahrung weiß, was das badelustige Publikum liebt. Hier wird am 10. Mai geöffnet, während Wannsee bereits am 1. Mai die große „Badesaison“ eröffnet hat.

Für den Besuch bezahlen Erwachsene in Plötzensee 10, Kinder 5 Pf., in den anderen Freibädern 20 und 5 Pf., während Schulen kostenlos baden.

Unser grünes Berlin.

Sozialdemokratisches Schaffen.

Es ist das Verdienst des neuen Berlin, überall in der Steinvüste der Riesennacht Casen der Erholung für Arbeiter und Angestellte, für die Jugend und für die Alten geschaffen zu haben. Fast jeder der in der Vorkriegszeit so vernachlässigten Arbeiterbezirke erhielt seinen Volkspark, in dem jetzt Tag für Tag hunderttausende geplagter Proletarier und zum Feiern gezwungene Männer und Frauen Befreiung von drückender Sorge und neuen Lebensmut finden. Dieses Werk des Aufbaus wurde vollendet in einer Zeit größter Not, viele tausende Arbeiter, die ohne ihr Verschulden von der öffentlichen Wohlfahrt betrennt werden mußten, bekamen wieder Arbeit und Brot. Erfolge sozialdemokratischer Kommunalarbeit und Gemeindefürsorge dokumentieren sich in den zahllosen Grünflächen, Parkanlagen, Sportplätzen, Dauerkolonien und den großen Freibädern, die Berlin zu einer Stadt der Grünanlagen werden ließen.

Außer im Volkspark Mariendorf sind 23 Hektar Bodenfläche zu neuen Grünanlagen ausgebaut worden. Es entstanden große Spielwiesen und Sportplätze, Pappelbäume zu Promenadenwegen wurden gepflanzt, ein Rosengarten mit Sitzbänken für die Alten entstand, ein riesenhaftes Planschbecken soll den Kleinen Erholung und Unterhaltung schaffen, für später ist noch der weitere Ausbau der Sportflächen zu einem Stadion mit Tribünen, Ankleideräumen, Tennisplätzen usw. geplant. 370 Wohlfahrtserwerbslose konnten im Rahmen des Notstandsprogramms bei diesen Arbeiten Beschäftigung erhalten, 26 Wochen werden die Arbeiter bei wöchentlich viermaliger Arbeit verwendet, so daß sie nach dieser Zeit wieder den Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung besitzen und nicht der Wohlfahrt zur Last zu fallen brauchen. Das dichtbevölkerte Mariendorf bedurfte dringend dieser Erholungsstätte und es wurde hier eine wichtige soziale Aufgabe erfüllt. Von Mariendorf geht die Fahrt zum nahen Volkspark Tempelhofer Feld. Diese 27 Hektar große Parkanlage, im Jahre 1924 bis 1926 auf dem ehemaligen Schießstand in der Hasenheide errichtet, bietet den Arbeiterbezirken Neutölln und Kreuzberg eine schöne Erholungsstätte. Große Wiesenflächen zum Lagern, ein großangelegter Sportpark für Athletik, Hockey, ein Turnplatz für Geräteturnen, eine Spielwiese und ein Sandplatz für die Kleinen, für alles ist gesorgt. Kinder und Große sollen heraus aus ihren engen Häusern, die Kinder weg von der Straße, die mit ihrem starken Verkehr tausend Gefahren birgt, in gute Luft, Grünflächen, Ruhe und Erholungsmöglichkeit. Für einen späteren Bauabschnitt ist noch die Anlage eines Planschbeckens von 3000 Quadratmeter, sowie der Bau eines Freibades geplant. Nun geht es in das

für das winterliche Sportvergnügen, eine Bühne im Heckengarten bietet für tänzerische und gesungliche Vorführungen einen hübschen, wirkungsvollen Rahmen. Auf Schutt-, Sand- und Moorbodengelände entstand diese schöne Erholungsfläche, die mit einem Wiesenboden von 42.000 Quadratmeter, einem prächtigen Stadion, Planschbecken und Badestrand aufwarten kann.

Das Dase des Nordens.

Der Volkspark Rehberge, geschaffen aus einer Wüste von Sand und Steingeröll, fesselt immer aufs neue durch seine imposante Größe und die abwechslungsreiche Szenerie von Sport- und Spielplätzen, Anlagen und Promenadenwegen der Musterdauerkolonie für rund 400 Kleingärtner, Lagerwiesen und Buddelplätzen. Den Kleingärten wurde besondere Sorgfalt zuteil, um zu zeigen, daß Kleingärten nicht nur einen städtebaulichen Schmuck darstellen, sondern auch einer öffentlichen Parkanlage zur Zierde gereichen können. Auf dem alten Fennengelände wurde 1929 mit der Herstellung einer natürlichen Teichanlage begonnen und 1930 wurden die Anlagen um den Böhensee erweitert; nachdem die ehemalige Militärschwimmhalle beseitigt und der Uferweg bis an das Dohna-

gestell weiter durchgeführt wurde, war es möglich, der Bevölkerung das gesamte Seeufer zugänglich zu machen.

Nun geht es zum Volkspark Jungfernheide mit seinen schönen Wegen und Alleen, seinem prächtigen Naturtheater, dem schönen Freibad mit Badestrand und den 16 Morgen großen Kindererholungsstätten, auf denen sich die Außenspielplätze der Stadt Berlin für den Bezirk Charlottenburg befinden. Hier in einem der Zentren der Arbeit, wo in Riesenfabriken Tausende und aber Tausende von menschlichen Arbeitskräften tagaus, tagein in strengster Tätigkeit ihre Arbeit verrichten, soll diese Erholungsstätte all den Menschen Wiederaufbau ihrer Kräfte, der Jugend Erholung und Vergnügen bei Sport und Spiel in guter, gesunder Luft vermitteln.

Diese ganze Aufbauarbeit wurde überall von Erwerbslosen ausgeführt und so wurde nach zwei Richtungen hin wertvollste Arbeit geleistet; auf der einen Seite Arbeit geschaffen für Menschen, die ihrer dringendsten bedürfen, auf der anderen Seite aber der Volksgesundheit gedacht und dem Wohle der heranwachsenden Jugend und des arbeitenden Volkes unter sozialdemokratischem Einfluß im Sinne des Volksstaats nach besten Kräften gedient.

Brief an die Mutter des Mörders.

Gemeinsamer Mordplan der drei Geschwister? — Frau Reins festgenommen.

Die Vermutung, daß sich der Briefträgermörder Reins mit seinen Schwestern nach Italien gewandt hat, scheint sich durch einen Brief aus Lugano, der an die Mutter der Flüchtigen gerichtet war und durch einen Zufall in die Hände der Polizei gelangte, zu bestätigen.

Bei der Filiale eines Berliner Verlages lief von Mittwoch früh ein chiffrierter Brief ein. Da die angegebene Chiffrenummer jedoch nicht zum Bestellbezirk der Filiale gehörte und der Brief keinen Absender trug, war der Geschäftsleiter gezwungen, den Brief zu öffnen, um vielleicht so den Empfänger zu ermitteln. Zu seinem Erstaunen erkannte der Filialleiter, daß der in der Schweiz aufgegebene Brief von den Schwestern des Mörders Reins stammte.

Der Inhalt des Briefes.

Der Inhalt des Schreibens lautet: „Liebe Mutter! Es geht uns gut. Adresse bekommst Du, wenn wir angekommen sind. Alles Gute wünscht und sendet Dir Deine große Tochter (damit ist Sophie gemeint). Bis alles ohne. Hoch America. Die Blase hier ist ganz gemächlich. Erzähle im Hause absolut nichts. Auf Fragen der Wädel's Paris. Ich arbeite mit unbestimmtem Aufenthalt. Vielleicht Ruhland. Wenn Du unsere Adresse bekommst, so gilt dies nur für einen Brief. Brief vernichte sofort. Alles sauwohl. Liebe Mamma, unerschöpflich lustige italienische Reisegesellschaft. Gestachelt bis auf den Ernst war gut abgelenkt. Die schöne Gegend hat ihn berauscht. Dein Appelschnut.“

Wie weit der Inhalt des Briefes den Tatsachen entspricht, bleibt abzuwarten, denn es ist kaum denkbar, daß Reins sich noch immer mit seinen Schwestern auf gemeinsamer Flucht befindet. Viel-

leicht soll die Polizei irregeführt werden, und der Täter, der zunächst in Italien vermutet wird, hat eine ganz andere Reiseroute eingeschlagen. Gewißheit darüber werden zweifelsohne schon die nächsten Stunden bringen. Die Echtheit des Briefes ist festgestellt worden. Daß Reins darin kein Wort an die Mutter richtet, gibt jedenfalls zu denken. Die von mehreren Seiten gedrückte Vermutung, daß die Schwestern des Täters schon vorher von dem Mordplan gewußt haben, gewinnt durch den Brief an Wahrscheinlichkeit. Man geht sogar so weit, anzunehmen, daß die drei Geschwister nach der scheußlichen Tat

den Fluchtplan mit der Mutter genau vereinbart haben.

Frau Reins ist von der Kriminalpolizei festgenommen worden, um zu verhindern, daß die Flüchtigen irgendwie gewarnt werden.

Haftbefehl erlassen.

Von dem zuständigen Richter sind gegen Reins und seine Schwestern Haftbefehle erlassen worden, auf Grund deren jederzeit die Verhaftung, auch im Ausland, erfolgen kann. Die italienischen Polizeibehörden sind von Berlin inzwischen von dem Brief verständigt und um gesteigerte Mitarbeit bei der Wärderrückführung gebeten worden.

Wenn Allzumenschliches Dich drückt,
Dann nimm **Lasin**. Du bist entzückt.

Riesenterrain der Wuhtheide.

500 Hektar Bodenfläche, wovon 100 Hektar zum Volkspark ausgebaut wurden. Auch hier wieder bieten Lagerwiesen, große Sport- und Spielplätze, schöne Promenadenwege, ein Spiel- und Buddelplatz für die Kleinsten alles, was in dem Häusermeer der Großstadt ein wenig Erholung und Entspannung gewährleisten. Unter schwierigsten Verhältnissen ist es gelungen, das immer wieder steigenden Grundwassers Herr zu werden, mit Brunnen und Motorpumpen erfolgt die Bewässerung, da keine Wasseranlage vorhanden ist. Eine 150 Meter lange Rodelbahn mit 6 Meter Gefälle sorgt

Acht Jahre Zuchthaus für Urban.

Ein Totschlag, der hart an Mord grenzte.

Das Landgericht II verkündet gestern um 17 Uhr gegen den Artisten Karl Urban, der am 20. Januar den Geschäftsführer des Mercedes-Palastes in Neudölln durch einen Schuß tötete, folgendes Urteil: Der Angeklagte wird wegen Totschlages in Tateinheit mit unbefugtem Waffenbesitz zu acht Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt.

In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Sachs unter anderem aus: Der Schwerpunkt lag im subjektiven Tatbestand; der objektive ist in wenigen Worten dargelegt: Es ist erwiesen, daß der Angeklagte den Geschäftsführer des Mercedespalastes, während dieser am Schreibtisch saß, durch einen Schuß getötet hat. Nicht erwiesen ist, daß er Geld fortgenommen hat. Was den inneren Tatbestand betrifft, so ist zu sagen: Der Angeklagte plante einen Raub an dem früheren Geschäftsführer des Kinopalastes, Silbermann. Zu diesem Zweck hatte der Angeklagte seinen Revolver eingesteckt. Schwierig war zu entscheiden, welcher gefehlter Tatbestand vorlag: Mord, Totschlag, Körperverletzung mit Todeserfolg oder fahrlässige Tötung. Soweit stand fest: Der Angeklagte hatte einen überlegten Raub und Mord vorbereitet. Die Berufung auf den Charakter des Angeklagten, der einen Mord ausgeschlossen erscheinen läßt, ist nicht stichhaltig; es sind schon öfters Tötungen in ähnlichen Situationen begangen worden. Für einen Mordplan spricht aber allein schon die Tatsache, daß er im Büro des Mercedespalastes den ihm bekannten Silbermann anzutreffen erwartete. Er mußte ihn aus dem Wege schaffen, um den Raub ausführen zu können. Deshalb führte er auch zwangsläufig die Pistole bei sich.

Wenn das Gericht trotzdem nicht zur Verurteilung wegen Mordes gekommen ist, so geschah dies aus dem Grunde, weil Zweifel darüber bestanden, ob der Angeklagte auch im Augenblick der Tat die vom Gesetz erforderliche Ueberlegung besaß.

Es ist möglich, daß er beim Anblick des fremden Mannes, angesichts der nicht erwarteten Situation, die Ueberlegung verlor und im Zustande des Schreckens den ersten tödlichen Schuß abgefeuert hat. Jedenfalls war bei ihm der Voratz, zu töten, vorhanden, er hat gezielt, ist einige Schritte vorgegangen und hat den am Tisch Sitzenden an einer tödlichen Stelle getroffen. Dagegen ist er von einer Raubabsicht freiwillig zurückgetreten. Bei der Strafbemessung war die außerordentliche Schwere der Tat zu berücksichtigen. Der Totschlag grenzte hier an Mord. Der Angeklagte hatte nach einem vorgefaßten Plan gehandelt, er war bereit, einen Menschen aus selbsttätigen Gründen zu töten. Wenn das Gericht auch in jedem Falle bereit ist, der psychologischen Lage Rechnung zu tragen, so kann dies hier nur in ganz beschränktem Maße geschehen. Widerungsgründe konnten in diesem Falle nicht anerkannt werden. Der Angeklagte ist eine gespaltene Persönlichkeit, im Grunde aber eine robuste Natur. Er hat auch erhebliche Vorstrafen und hatte sich zu der Tat entschlossen, um sich Mittel zu einer pompösen Hochzeit zu verschaffen.

Nachzutragen ist noch das für den Angeklagten äußerst charakteristische letzte Wort. Um 15 1/2 Uhr eröffnete der Vorsitzende die Sitzung und fragte ihn, ob er noch etwas zu sagen habe. Urban hielt darauf folgende wohlüberlegte Rede: Meine Damen und Herren! Ich bitte die Worte des Staatsanwalts nicht so zu nehmen und zu werten, wie er sie gemeint hat. Kein Mensch kann nur im entferntesten die Qualen verstehen, die ich erlitten habe und die ich noch leide. Ich kann hier keine falsche Reue vorheucheln oder weinen; meine Tränen sind längst verfliegt, in meinem Innern ist nur noch ein trockenes Würgen. Ich bekenne mich dazu, Schmolter getötet zu haben. Ich bedauere und bereue die Tat aufs tiefste. Ich kann aber nicht anerkennen, einen Mord begangen zu haben, der Schuß ist ohne mein Wissen losgegangen. Ich kann keinem Tier etwas zuleide tun, geschweige denn einen Menschen töten. Es war alles nur Verteilung unglücklicher Umstände. Ich hoffe, in Ihnen menschliche Richter zu finden. Geben Sie mir Gelegenheit, mein

Lebensglück aufzubauen; geben Sie mir die Möglichkeit, der Witwe des Getöteten meine Schuld abzutragen. Was ich getan habe, habe ich aus Liebe getan. Auch Sie, meine Herren, werden einen Menschen lieb haben, dem Sie etwas Gutes antun möchten. Es gibt keinen Menschen, der durch einen Mord sein Hochzeitsbett besudeln würde. Seien Sie menschlich und milde Richter, urteilen Sie vom Herzen aus!

Der Tantieme-Jäger.

Ein deutschnationaler Skandal. — Strafverfahren gegen Stadtrat Wege.

Wie der „Vorwärts“ erfährt, hat die Staatsanwaltschaft gegen den früheren deutschnationalen Berliner Stadtrat Friedrich Wege ein Strafverfahren wegen seiner Tätigkeit im Aufsichtsrat der Berliner Müllabfuhrgesellschaft eröffnet.

Am 22. Januar führte der sozialdemokratische Stadtverordnete Riese bei der Begründung einer dringlichen Anfrage seiner Fraktion im Stadtparlament aus: „Kettenbildungen von Gesellschaften aller Art, wie sie jetzt wieder beim Pfandbriefamt beobachtet wurden, waren schon vor Jahr und Tag bei der Müllabfuhrgesellschaft an der Tagesordnung. Immer war es derselbe Mann, der seine Finger darin zu stecken hatte, überall in allen Vorständen und Aufsichtsräten tauchte derselbe Mann auf: Herr Stadtrat a. D. und Städtelieferer Wege, Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei.“ Dies ist der Tatbestand: Stadtrat Wege war vom Jahre 1922 bis 1930 bei der Berliner Müllabfuhrgesellschaft stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender. Gegen andere Mitglieder des Aufsichtsrates waren schon seit langem schwere Vorwürfe erhoben worden. Es handelte sich ausschließlich um Personen aus dem Kreise der Deutschnationalen und der Wirtschaftspartei. Bei der Vernehmung des Stadtrats Wege durch den Untersuchungsrichter wurde es klar, daß wegen dringenden Verdachtes unlauterer Betätigung auch gegen ihn die Untersuchung eingeleitet werden müsse. Schon Mitte Januar war durch den Berliner Magistrat gegen die Direktoren Wege und Le Visneur bei dem Oberpräsidenten von Berlin-Brandenburg ein Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Dienstentlassung beantragt worden, weil den beschuldigten Direktoren des Pfandbriefamtes schuldige Geschäfte und Beteiligung an zweifelhaften Transaktionen der Stadtschaftsbank vorgeworfen wurden. Der Antrag war mit einer dreifachen Begründung versehen, wonach einmal der Stadtrat Wege durch die Beteiligung des Pfandbriefamtes an der Baugesellschaft „Roland“ und der Berliner Stadtschaftsbank, in deren Aufsichtsrat gleichfalls Herr Wege saß, mit sehr hohen Beträgen mit den Aufgaben des Pfandbriefamtes nicht in Einklang zu bringen war.

Weiter wurden die von sozialdemokratischer Seite wiederholt angeprangerten

Tantiemen des deutschnationalen Stadtrats

aus der Müllabfuhr und zahlreichen Tochtergesellschaften angeführt, deren Höhe das ganze Aktienkapital stark überstieg. Für seine Tantiemen ließ sich der deutschnationale Herr Wege wieder Äpfeln geben. Allerdings zahlte er nur den halben Preis, um sie dann für doppeltes Geld an die Stadt weiterzuverkaufen. Außerdem saß Herr Wege im Aufsichtsrat vieler Baugesellschaften, die ihn wohl auch kaum seiner schönen Augen wegen gewählt haben dürften. Wie prangerten seinerzeit an, daß der Aufsichtsrat bei der Stadtschaftsbank zehn Köpfe zählte, während im im ganzen der Betrieb nur 22 Angestellte beschäftigte. Bei der Eröffnung der Goldmarktblanz war bei der Stadtschaftsbank ein Fehlbetrag von rund 900 000 Mark vorhanden, der folgendermaßen verschleiert wurde: 300 000 Mark rechnete man für die Abnutzung der Möbel, weitere 300 000 Mark für die Abnutzung

Während der Verkündung des Urteils stand Urban wie lebendgeschmettert da. Er war dem Weinen nahe. Als der Vorsitzende ihn fragte, ob er das Urteil verstanden habe, antwortete er mit einem unerwarteten scharfen Ja! Das Nein auf die Frage, ob er eine Erklärung abzugeben habe, klang fast brutal.

Das Urteil scheint in tatsächlicher und juristischer Hinsicht unanfechtbar. Dem Angeklagten konnte nicht nachgewiesen werden, daß er im Augenblick der Tat mit Ueberlegung gehandelt habe. Die Schüderung, die er über seinen Zustand wenige Augenblicke vor der Tat und während derselben gab, ist psychologisch denkbar, das Gericht konnte unter diesen Umständen nicht auf Mord erkennen. Es war aber auch außerstande, den Schlußfolgerungen des Verteidigers Dr. Frey auf Körperverletzung mit Todeserfolg zu entsprechen.

der Räume und 343 000 Mark für einen Vortrag auf Bewertung der Aktien ausgerechnet des Pfandbriefamtes an der Börse. So verschwand der Fehlbetrag.

Beim Pfandbriefamt bezog der deutschnationale Herr Wege 9000 Mark jährlich an Tantiemen

und in der angegliederten Baugenossenschaft „Roland“ weitere 5000 Mark und das, obwohl die Gesellschaft als gemeinnützig firmierte und mit Hauszinsfuermitteln arbeitete.

Das Vorgehen der Sozialdemokratie, deren Stadtverordnetenfraktion durch die sozialdemokratische Fraktion im Preussischen Landtag unterstützt wurde, hat dazu geführt, daß die Staatsanwaltschaft gegen Wege einschreiten muß. Man darf zusammenfassend sagen: ein deutschnationaler Skandal, wie er schlimmer nicht ausgedacht werden kann.

Magistratsabschied von Reuter

Bürgermeister Dr. Elias Aufsichtsratsvorsitzender der Verkehrsgesellschaft und der Werke.

In der gestrigen Magistratsitzung widmete Oberbürgermeister Dr. Sahm dem scheidenden Stadtrat Genossen Reuter, der bereits am 15. Mai in Magdeburg seine Arbeit als Oberbürgermeister aufnehmen wird, freundliche Abschiedsworte. Gleichzeitig beglückwünschte er den Scheidenden im Namen des gesamten Magistrats zu seiner Wahl und sprach die Hoffnung aus, daß Reuter in seinem neuen Wirkungsbereich vollste Befriedigung finden werde. Die Befähigung Reuters als neuer Oberbürgermeister von Magdeburg durch den preussischen Innenminister dürfte heute erfolgen.

Im Geschäftsplan der Magistratsmitglieder treten ab heute folgende Änderungen ein: In den Aufsichtsrat der Berliner Verkehrsgesellschaft tritt an Stelle von Stadtrat Reuter, dem bisherigen Vorsitzenden des Aufsichtsrates, Bürgermeister Dr. Elias ein, der auch in der Magistratsinstanz die Geschäfte führen wird. Stadtrat Dr. Adler übernimmt zu dem Dezernat der Verkehrsdeputation den Betrieb und Ausbau des Verkehrsnetzes, außerdem den Vorsitz in der Berliner Müllabfuhr-L.G. Die Zustellung der bisher sonst von Stadtrat Reuter wahrgenommenen Mitgliedschaften in Deputationen, Aufsichtsräten bleibt mit Rücksicht auf die Nichtvollbeziehung des Magistrats einstweilen noch vorbehalten.

In einer gemeinsamen Sitzung der Aufsichtsratsmitglieder der Berliner Städtischen Gaswerke L.G., der Berliner Städtischen Wasserwerke L.G. und der Berliner Städtischen Elektrizitätswerke L.G. wurde Bürgermeister Dr. Elias zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates aller drei städtischen Werksgesellschaften gewählt. Dem Aufsichtsrat der Bewag wurde dann von dem neuen Aufsichtsratsvorsitzenden ein Bericht über den Stand der Verhandlungen um die Bewag-Transaktion erstattet. Die Entscheidung des Aufsichtsrates über diese Transaktion wurde vertagt. Wahrscheinlich will man erst das Ergebnis der heutigen Stadtschuldenratensammlung abwarten, in der die Bewag-Transaktion zur Debatte steht.



Roman aus dem Ungarischen von Alexander von Sacher-Masoch.

„Was wird? Das heißt Krach! Der Herr Direktor Schwager stürzen. Pfiff! Pfiff! Mister Jack auf den Krach der Gesellschaft. Dann, als er glaubte, die vollständige Pleite genügend illustriert zu haben, zog er plötzlich beide Brauen hoch und stieß mit dem Finger gegen seine Stirn: „Aha! Wenn nicht wäre Schwager, der Trunkenbold, jawohl, mein Herr! Der Mister Jack, der immer liebt trinken! Aber ich erfinden etwas, großartig! Die ganzen Stadt kommt wieder Hippodrom. Verehrtes Publikum wird Kastanien braten und auch ansehen die Vorstellung. Ich lassen aufstellen vier große Ofen, Hippodrom und Freddy und fliegende Familie nicht friert. Mein Herr kennen der Physik, daß die Wärme sftti! hinauf fliegt. Was sagen Sie, mein Herr? O ja! Der Herr Direktor auch, jetzt wieder klopft Schwager die Schulter: Kolossal! Kolossal! Großartig!“

So erfuhr man als erste, daß in unserem Städtchen von Mister Jacks Gnaden das echte Weltwunder errichtet wurde: ein geheizter, aber ungedeckter Hippodrom.

Am nächsten Tage leuchteten wirklich neue Plakate an den Straßenecken, den vorzüglich geheizten Hippodrom anzeigend.

Mister Jack irrte sich nicht: Diese Idee erzeugte schon durch ihre Betrüchtigkeit gewisses Interesse.

Ich habe das Gefühl, daß alle Menschen irgendwie Nahrung empfinden beim Anblick Unglücklicher, die ihr Unglück mit ungebroschenem Mut tragen. Dieser Einfall mit den Ofen imponierte der Stadt und erweckte Neugier. Der Hippodrom war ziemlich gut besucht anlässlich der ersten geheizten Vorstellung.

Wirklich kann ich mir leither nichts Seltsameres, keinen rührend unnatürlicheren Anblick vorstellen, wie jene Auf- führung.

Auch ich war anwesend. Von Mittags bis Abends betrat

ich bei meiner Mutter darum. Aber es gelang mir nur deshalb, von daheim loszukommen, weil mein Vater bei einem Kollegen zum Schlachtfest geladen war und meine Mutter ihn nicht vor den ersten Morgenstunden heim erwartete. Daher drückte sie ein Auge zu.

Mister Jacks vier tonnenförmige Defen glänzten wirklich in den vier Ecken des Hippodroms. Und das Publikum bildete auf diese Weise ebenfalls vier schwarze Gruppen in ihrer Nähe.

Die großen Holzlöcher in den Defen mit ihren hochschlagenden, gelben Flammen verliehen dem Hippodrom einen gespensischen, schicksalhaften Charakter. Drogen, die brodelnden Gastampen, wirkten fast wie bleiche Monde. Und es schien, als sei der Himmel durch die Hitzewellen und den Rauch gesehen, mit seinen zitternden Sternen wirklich nur das unendlich ferne Dach des Hippodroms.

Auf den ausgepannten Strichen der Trapeze glänzte weißer Frost. Die Menschen bliefen sich in die Häufte, stampften mit den Füßen auf und drängten sich immer näher an die Defen heran.

So starrten sie in die Höhe, wo halb nackt, furchtbare Hopplas austobend, ein lahmer Mann, eine trüchtige Frau, ein goldblonder Knabe und ein grauhaariger Clown sich durch die eiskalte Luft schlangen, wahrhaft so, daß einem das Blut zu Eis gerann.

Ich kann das gar nicht erzählen! Es war die Bewunderung des Helvetiums, was die Menschen von dort mitnahmen in ihren Herzen.

Die Verehrung solch unerbittlichen, heldenhaften Kampfes um das tägliche Stückchen Brot.

Ich kam mit den Direktorstleuten heim, hand in hand mit Freddy.

Ich verstand ihre Rede nicht, aber es schien mir, als hätte auch dieser halbe Erfolg sie etwas ermuntert. Mister Jack natürlich stieß über vor Bewunderung.

Mit Freddy konnte ich mich bereits auf Umwegen verständigen, um ihm irgendwie mein grenzenloses Staunen über seinen Mut auszudrücken.

Er antwortete nur darauf, das hier sei gar nichts, wenn es nur nicht so kalt wäre, in größeren Zirkussen sei er fünf Meter weiter durch die Luft geflogen.

Die Frau Direktor ließ mich erst heim, nachdem sie mir heißen Tee eingegossen hatte. Im übrigen würdigte sie meine Lage, da ich ohne Wissen meines Vaters nachts von Hause

fort war. Sie mußte, daß auch sie es nicht ungeschehen machen konnte, wenn ich erst einmal verjohlt worden war.

Bierzehntes Kapitel.

beginnt mit der zweiten Kolossalidee, behandelt aber hauptsächlich den siegreichen Handel des Helden, den er aus Freundschaft bestand.

Die geheizten Vorstellungen währten bereits seit einigen Tagen. Aber immer weniger und weniger Leute ließen sich neben Mister Jacks Defen die eine Körperhälfte versengen. Denn die andere Hälfte erstarrte vor Frost.

Die Komödianten ließen die Köpfe hängen und berieten wieder.

Da gebar Mister Jack die zweite Idee.

Untertags war die Sonne erträglich und so erklärte Mister Jack mit Recht die Teilnahmslosigkeit des Publikums aus der Tatsache, der übermäßig kalten Nächte und er fand, daß es besser sei, die Vorstellungen am Tage, und zwar in den Nachmittagsstunden abzuhalten. Ueberdies würde man Gas sparen.

Wieder erschienen Plakate, die Tagesvorstellungen des geheizten Hippodroms ankündigend.

Dieser durfte auch ich mit meiner Schwester beizuhören. Und zwar täglich.

Das änderte jedoch nichts daran, daß die Leute der neuerlichen „Kolossalidee“ nicht auf den Leim gingen. Sie erschienen in sehr geringer Zahl. Mit Ausnahme eines einzigen Sonntagnachmittags, an dem die Mägde und Dienstleute als Förderer der Kunst auftraten.

Dieser Nachmittag war auch sonst bemerkenswert.

Die gesamte Strassenjugend erschien nämlich, ähnlich wie damals, bei dem Besuch der Zigeuner, hoch oben im Scheunensfenster, um den Tagesvorstellungen des Hippodroms wie aus einer Lage beizuhören.

Ich war schon fast ein notwendiger Bestandteil der Zirkuswelt geworden. Der Stolz ließ auch mich durch die Lüfte fliegen, wenn ich in der Garderobe der Komödianten unbehindert ein- und ausging, ja, sogar beim Schleppen der Teppiche half und Mister Jack beim Schüren des Feuers beistand.

Auch an diesem Sonntagvormittag gingen wir schon eine Stunde vor Beginn der Vorstellung los, mit Freddy, Mister Jack und dem Affen.

(Fortsetzung folgt.)

Dammbruch bei Tilsit.

Große Ueberschwemmung, schwere Hochwasserschäden.

Tilsit, 6. Mai.

In der Nacht zum Mittwoch brach am Remonien-Stram bei Jodgallen der Deich in einer Breite von 100 Metern. Da die ausgedehnten Vorländer schon hoch unter Wasser stehen, stürzen sich jetzt gewaltige Wasser Massen weitenweit über das Land. Häuser und Ställe stehen Kilometerweit unter Wasser. Erhebliche Verluste an Vieh sind eingetreten, das nicht rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden konnte. Die Ländereien gleichen einem unübersehbaren See. Mittwochmorgen traf ein Schupfkommando aus Tilsit an der Durchbruchsstelle ein. Ein Pionierkommando aus Königsberg ist unterwegs. Die Ueberschwemmung erstreckt sich bis nach Heinrichswalde hin.

Bei allem Unglück trifft es sich günstig, daß am Mittwochmorgen eine Kommission von Vertretern des Ministeriums im Hochwassergebiet eintrifft, die zur Begutachtung der Schäden durch das bisherige Hochwasser in die Niederung gereist ist. Infolge des gewaltigen Hochwassers sind die Schulen in den Dörfern am Haff geschlossen, da die Kinder diese nicht mehr ohne Lebensgefahr erreichen können.

„Graf Zeppelin“ Polarflug.

Mit Luftschiff und Unterseeboot in die Arktis.

Am Mittwoch ist zwischen dem Luftschiffbau Zeppelin und der amerikanischen Hearst-Presse ein Abkommen abgeschlossen worden, wonach mit dem „Graf Zeppelin“ eine wissenschaftliche Expedition in die Polargegend unternommen wird mit dem ausdrücklichen Zweck, einen Versuch zu unternehmen, mit einer von Sie Hubert Wilkins im „Nautilus“ unternommenen Unterseeboot-Expedition in Verbindung zu treten, und sie, wenn möglich, an oder in der Nähe des Nordpols zu treffen.

Dieser Flug wird ein Teil der wissenschaftlichen Luftschiff-Expedition in die Arktis sein, die schon seit einiger Zeit geplant worden ist. Es ist beabsichtigt, die Frage zu klären, ob ein Luftschiff das geeignetste Mittel ist, um Forschungs-Expeditionen in die Arktis zu landen, sie zu finden und wieder aufzunehmen oder Nahrungsmittel und Hilfe solchen Expeditionen zu bringen, die bereits unterwegs sind. „Graf Zeppelin“ wird für den Notfall eine vollständige Polarausrüstung an Bord mitführen einschließlich Schlitzen, Boote, Kleidung, Vorräten usw.

Acht oder neun prominente Wissenschaftler und artistische Forscher, u. a. auch eine Frau, werden an dem Fluge teilnehmen. Deutschland, Amerika, England und die Sowjetregierung werden bei diesem Polarfluge vertreten sein. Einschließlich der Besatzung werden wahrscheinlich 45 Personen an Bord des „Graf Zeppelin“ sein. Der Start des „Graf Zeppelin“ hängt von dem Fortschritt in Richtung auf den Nordpol ab, den Sir Hubert Wilkins im Unterseeboot „Nautilus“ macht. Da das Luftschiff weit schneller ist als das Unterseeboot, wird es von seiner Basis, dem Franz-Joseph-Land, erst dann starten, wenn der „Nautilus“ sich zwei Tage vom Pol entfernt befindet. Man glaubt, daß dies gegen Mitte Juli der Fall sein wird.

Wie die Berliner Vertretung des „Luftschiffbau Zeppelin“ mitteilt, trifft das Luftschiff, entgegen früheren Plänen, erst am Mittwoch, dem 13. d. M., gegen 7 Uhr früh, in Staaken ein und macht dort am Ankerplatz fest. Am Laufe des Nachmittags wird das Luftschiff einen drei- bis vierstündigen Rundflug unternommen und gegen 6 Uhr auf dem Tempelhofer Flugplatz landen. Nach einstündigem Aufenthalt daselbst wird „Graf Zeppelin“ nach Staaken zurückfliegen, von wo er am Donnerstag morgen frühzeitig nach Lübeck starten wird.

Kommunistische Messerstecher.

Krawalle im Norden und in Neukölln.

In den gestrigen Abendstunden bildeten sich im Norden Berlins, auf dem Gesundbrunnen und in Neukölln, wiederholt kommunistische Demonstrationen. Es handelte sich in der Hauptsache um Mitglieder des verbotenen Rotfrontkämpferbundes, die unter Schmähschreien auf die Regierung und Rotfronttruppen die Straßen durchzogen, bis die Polizei eingriff und diezüge auflöste.

In der Gustav-Meyer-Allee, der östlichen Straßengrenze des Humboldthains, kam es zu einem blutigen Zwischenfall. Die Demonstranten stürzten sich mit Messern bewaffnet auf die Polizeibeamten, die der Uebermacht anfänglich nicht gewachsen waren. Drei Wachmeister wurden durch Messerstiche in den Kopf und in den Arm so schwer verletzt, daß sie in das Staatskrankenhaus in der Schornhorststraße übergeführt werden mußten. Ein vierter Beamter erlitt durch Steinwurf leichtere Kopfverletzungen. Es gelang, einen der kommunistischen Messerstecher später festzunehmen. Weiter wurden eine Viertelstunde später in der Prinzenallee und in der Badstraße sowie am U-Bahnhof Seestraße Demonstrationen aufgelöst. Um dieselbe Zeit wurden auch in Neukölln in der Bergstraße Krawalle inszeniert, nachdem kurz zuvor ein ähnlicher Versuch am Hermannplatz durch ein Polizeiaufgebot verhindert worden war. Ein von einem kommunistischen Demonstranten geschleudertes Stein, der einem Polizeiauto galt, zertrümmerte die Scheufenster Scheibe eines Geschäftes.

Es wurde im Laufe des Abends eine ganze Reihe von Personen festgenommen und der Politischen Polizei übergeben.

Das erste Frühjahrgewitter.

Ueber Berlin ging gestern abend das erste Frühjahrgewitter nieder, das von einem kurzen, wolkenbruchartigen Regen begleitet war. Die Innenstadt wurde von der Gewitterzone nur gestreift, in einzelnen Luftebenen waren die elektrischen Entladungen häufiger. Zu Blitzeinschlägen ist es, soweit bekannt geworden, nirgends gekommen.

Die Unterschlagungen bei der IG-Farbenindustrie.

Die Pressestelle der IG-Farbenindustrie bittet uns mitzuteilen, daß es sich bei den Unterschlagungen bei den chemischen Werken Lothringen nicht um eine Summe von 500 000 M., sondern von 100 000 M. handelt. Wegen die Schuldigen ist Strafanzzeige erstattet worden. Die IG-Farben teilt noch mit, daß sie nur zur Hälfte Mitbestherin der geschädigten Werke ist.

Das Verkehrslokal der Schöneberger Nazis ist nicht, wie im heutigen „Abend“ irrtümlich angegeben, Schöneberg, Siegfriedstr. 6, sondern Siegfriedstr. 3.

Der beleidigte Unteroffizier.

Er will nicht als Schinder und Sadist bezeichnet werden.

In Nr. 48 der Zeitschrift der Reichsgewerkschaft deutscher Kommunalbeamten (RDG) erschien am 29. November 1930 eine Besprechung des Buches von Peter Riß „Stahlbad anno 1917“ (Fackelreiter-Verlag Hamburg-Bergedorf). Dr. Lüders jagte darin unter anderem folgendes:

„Durch Remarques „Im Westen nichts Neues“ entstand auch im Lager der Militaristen eine Kriegsblinderhausse. Ein Haufen wertloser Schriften von noch wertloseren Menschen, wie Freikorpsführern, Fememördern, Putzschisten usw. Logischerweise fand auch Remarque Nachahmer. Heute ist er übertroffen durch obiges Werk. Während Remarque nur wahrheitsgetreue Kriegsblinder ohne Meinungsäußerung bringt, geht Peter Riß weiter. Er führt uns das Leben eines achtzehnjährigen Grenadiers vor Augen, zeigt die Gedankengänge auf und macht es verständlich, wie jene Spitze des Hasses der Massen entstehen konnte. Die sadistischen Schänder mit Achselstücken und Treiben, kulturwidriges, teils feiges Gefindel, für das selbst ein Strich zu schade war, treten auf. Lebenswahre Gestalten, die den Ruf eines glorreichen Heeres auf immer verdorben haben. Selbst schwertgläubige Militaristen werden diese Tatsachen nicht ableugnen können. Der preußische Unteroffizier hat durch sein verruchtes preußisches Viehtreiber-system viel zum verlorenen Kriege beigetragen. Ein großer Teil von ihnen war schlimmer als Sadisten.“

Diese Buchbesprechung gefiel denen nicht, die sich durch die Zeiten des Kritikers getroffen fühlten. Unter diesen befand sich auch der Kandidat des Reichsbundes für Sozialdienstberechtigte (Verfürungsanwärter der Reichswehr und des alten Heeres), der Dekonomieinspektor i. R. Ewald Grünbein. Ihm genügte auch nicht, daß der Schriftsteller des „Kommunalbeamten“, Wilhelm Soldes, in der Verbandszeitschrift erklärte, daß der Buchbesprechung eine allgemeine Kritik der alten Armee völlig fernliege und daß nur derjenige in der Besprechung eine Verunglimpfung der Unteroffiziere der alten Armee erblicken könne, der aus falsch verstandenem Korpsgeist berechtigte Kritik an den Schändern der deutschen Wehrmacht auf die gesamte Wehrmacht beziehe. Herr Dekonomieinspektor i. R. Ewald Grünbein, einstmals selbst Kapitulant und Unteroffizier der alten Armee, erhob Privatklage. Er forderte, daß die Beschuldigten „exemplarisch bestraft“ würden. Also sahen gestern vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte als Beklagte der Schriftsteller des „Kommunalbeamten“ Wilhelm Soldes und der Rezensent des Rießchen Buches Dr. Lüders.

Rechtsanwalt Dr. Georg Löwenthal hielt dem Kläger an Hand der Judikatur des Reichsgerichts entgegen, daß es Kollektivbeleidigungen nicht gebe und daß sich durch die Besprechung niemand beleidigt zu fühlen brauche, der nicht zu den „Schindern“ gehöre.

Und da Herr Grünbein dem Verfasser der Rezension bis dato unbekannt gewesen sei, so konnte er auch nicht mit dem Ausdruck „Schinder“ gemeint sein. Mit dem gleichen Recht wie Herr Grünbein könnten nun alle 200 000 früheren Unteroffiziere den Kläger beschuldigen. Das gebe 200 000 Prozesse. Am übrigen seien die Beklagten bereit, Herrn Grünbein eine dahingehende Ehrenerklärung abzugeben, daß er nicht gemeint sei.

Herr Grünbein wollte aber von einem Vergleich nichts hören. Alles Juraden des Vorherrschenden blieb ergebnislos, und so mußte für nächsten Mittwoch der Verkündungstermin angelegt werden.

Unverständlich ist nur das eine: Weshalb legt sich eigentlich Herr Grünbein, der ja doch hoffentlich selbst kein Schinder und Sadist war, sich so sehr für seine früheren Kameraden ins Zeug, die es waren?

Nazifreiheit!

Dreißigsteiten der Faschisten im Kriminalgericht.

Man schreibt uns:

Am Mittwoch mittag kam es im Alten Kriminalgericht vor dem Schwurgerichtsjaal, in dem das Landesarbeitsgericht den Prozeß der Nazis gegen die BVB. verhandelt, zu einem unerhörten Vorfall. Während sich in einer kurzen Verhandlungspause die Prozeßteilnehmer in der Borhalle versammelten, erschien plötzlich ein nationalsozialistischer Zeitungshändler mit der neuesten Nummer des „Angriff“ und begann in provokatorischer Weise mit dem Verkauf. Trotzdem es sonst Zeitungshändlern mit Recht streng verboten ist, in den Räumen des Kriminalgerichts zu handeln, brüllte der „Angriff“-Händler sein Hehlblatt im Gerichtsgebäude aus, so daß man es bis in die entferntesten Winkel hören konnte. Höchst feltamerweise hinderte ihn niemand an dieser groben Ungehörigkeit. Es ist übrigens auch sonst notwendig, daß man bei diesem Prozeß nach dem Rechten sieht. So pöbelten die Kläger den Gewerkschaftssekretär Sehner in der siegeshesten Weise an und belegten die Vertreterin eines demokratisch-bürgerlichen Verlags, die die Nazis daraufhin ermahnte, sich anständig zu benehmen, mit den unfähigsten Schimpfwörtern. Da nur zwei ältere Justizwachmeister die nationalsozialistische Horde bewachen, befinden sich sowohl die Journalisten als auch die Vertreter der BVB. ständig in der Gefahr, von den aufgebehten Klägern angerempelt zu werden.

KONSUM-GENOSSENSCHAFT BERLIN U. UMGEGEND E.G.M.B.H.

Wenn die Hausfrau

schnell und billig ein kräftiges Mahl zubereiten will, verwendet sie zweckmäßig

GEG-TEIGWAREN

Nudeln		Makkaroni	
Schnittnudeln, lose	1/2 Pfd. 24 Pf.	Makkaroni, lose	1/2 Pfd. 24 Pf.
Fadennudeln, lose	1/2 Pfd. 27 Pf.	Makkaroni	1/2-Pfd.-Paket 32 Pf.
Hörnchennudeln, lose	1/2 Pfd. 27 Pf.	Eier-Makkaroni, lose	1/2 Pfd. 29 Pf.
Figurennudeln, lose	1/2 Pfd. 24 Pf.	Eier-Makkaroni	1/2-Pfd.-Paket 38 Pf.
Teiggrauen, lose	1/2 Pfd. 24 Pf.		
Eier-Schnittnudeln	1/2-Pfd.-Paket 40 Pf.		
Eier-Fadennudeln	1/2-Pfd.-Paket 40 Pf.		
Eier-Figurennudeln	1/2-Pfd.-Paket 20 Pf.		

Jedermann begrüßt ein Gericht mit

GEG-Teigwaren.

Das ist begreiflich, denn GEG-Nudeln u.-Makkaroni sind wohlgeschmeckend, sehen appetitlich aus u. duften angenehm. Wegen ihres hohen Nähr- u. Sättigungswertes sollten sie oft genossen werden.

GEG-Teigwaren aus dem Konsumverein!

	<p>Die Abgabe der Waren erfolgt in der</p> <p>Konsum-Genossenschaft Berlin</p> <p>nur an Mitglieder</p> <p>Die Mitgliedschaft kann von jedermann erworben werden</p>	<p>Aufnahmegebühr</p> <p>50 Pfennig</p> <p>Mitglieder-Autnahmen werden in sämtlichen Abgabestellen der Konsum-Genossenschaft Berlin vollzogen</p>	
--	---	--	--

Steuernachlaß für Kriegsbeschädigte.

Wie entnehmen der Zukunfts eines „Vorwärts“-Lesers: Die in einem festen Arbeitsverhältnis stehenden Kriegsbeschädigten erhalten schon seit Jahren einen besonderen Steuernachlaß in der Höhe ihrer prozentualen Erwerbsunfähigkeit. Kein Geringerer wird gegen diese Steuerergünstigung etwas einzuwenden haben. Nur ist es höchst sonderbar, daß nicht auch die freiberuflichen Kriegsbeschädigten an einer solchen Steuerergünstigung teilhaben. Hierdurch zahlen sie schon seit Jahren ungerechterweise mehr Steuer als die festangestellten Kriegsbeschädigten. Da zur Zeit der steuerfreien Jahresbeiträge zweihundert Mark beträgt, kommt bei ihnen bei einer Rente von 30 bis 100 Prozent ein jährlicher Steuernachlaß von 36 bis 120 Mark in Betracht. Es wäre sehr angebracht, auch den freiberuflichen Kriegsbeschädigten eine solche Steuerergünstigung zu gewähren, zumal viele von ihnen sich in einem nicht weniger schweren Existenzkampf befinden. Wie sollte nun von einer solchen etwaigen Steuerergünstigung Gebrauch gemacht werden? Am besten rechnet man jedes Vierteljahr den vierten Teil des Nachlasses auf die Vorauszahlungen der Einkommen- oder Umsatzsteuer an, so daß es sich ermöglichen läßt, jeweils den ganzen durch die Kriegsbeschädigung bedingten Steuernachlaß in Anrechnung zu bringen. Es wäre hocherfreulich, wenn dieser längst fälligen Ehrenschuld von der Reichsregierung die nötige Aufmerksamkeit geschenkt würde.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einfachungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat 2, Hof, 2 Treppen rechts, zu richten.

Achtung, Kreis- und Abteilungsleiter!

Dienstag, den 12. Mai, um 19 1/2 Uhr, findet in den Kammerböden, Teltower Str. 1/3, eine

Vorstandskonferenz

statt, in der Genosse Stadtkämmerer Bruno Uch ein Referat über die Bewag-Angelegenheit halten wird. Teilnahmerechtig sind die beiden Abteilungsleiter, Abteilungsleiter, die erste Frauenleiterin der Abteilung, die beiden Kreisvorsitzenden, der Kreisfaktierer und die 1. Kreisfrauenleiterin. — Mitgliedsbuch und Funktionärkarte dienen als Ausweis.

Beginn aller Veranstaltungen 19 1/2 Uhr, sofern keine besondere Zeitangabe!

heute, Donnerstag, 7. Mai.

- 47. Abt. Diskussionsabend fällt wegen der Veranstaltung der Kreisleiter in der Neuen Welt aus.
- 48. Abt. 20 Uhr Zusammenkunft der jugendlichen Parteigenossen bei Ellenried, Uhländ. Gde. Mühlentstraße. Diskussion über die Arbeitssituation.
- 114. Abt. Funktionärstreffen bei Schwärzer, Gehrtstr. 17.

Morgen, Freitag, 8. Mai.

- 1. Kreis. Karten für den Film müssen bis Freitag abend auf der Veranstaltung beim Genossen Peters abgeholt sein. Später können keine Karten zurückgegeben werden.
- 2. Abt. Funktionärstreffen bei Perle, Georgenstraße 14.
- 12. Abt. 20 Uhr Funktionärstreffen bei Schmidt, Wielestr. 17.
- 28. Abt. 19 Uhr Funktionärstreffen bei Schmidt, Wielestr. 17.
- 31. Abt. 20 Uhr Arbeitskreis junger und neu zur Partei gekommener Genossen bei Hildebrandt, Gleditsche Str. 26. „Das Heidelberger Programm“.
- 32. Abt. 19 Uhr Arbeitskreis junger und neu zur Partei gekommener Genossen bei Hildebrandt, Gleditsche Str. 26.
- 33. Abt. 19 Uhr Funktionärstreffen bei Schmidt, Wielestr. 17.
- 34. Abt. 19 Uhr Funktionärstreffen bei Schmidt, Wielestr. 17.
- 35. Abt. 19 Uhr Funktionärstreffen bei Schmidt, Wielestr. 17.
- 36. Abt. 19 Uhr Funktionärstreffen bei Schmidt, Wielestr. 17.
- 37. Abt. 19 Uhr Funktionärstreffen bei Schmidt, Wielestr. 17.
- 38. Abt. 19 Uhr Funktionärstreffen bei Schmidt, Wielestr. 17.
- 39. Abt. 19 Uhr Funktionärstreffen bei Schmidt, Wielestr. 17.
- 40. Abt. 19 Uhr Funktionärstreffen bei Schmidt, Wielestr. 17.
- 41. Abt. 19 Uhr Funktionärstreffen bei Schmidt, Wielestr. 17.
- 42. Abt. 19 Uhr Funktionärstreffen bei Schmidt, Wielestr. 17.
- 43. Abt. 19 Uhr Funktionärstreffen bei Schmidt, Wielestr. 17.
- 44. Abt. 19 Uhr Funktionärstreffen bei Schmidt, Wielestr. 17.
- 45. Abt. 19 Uhr Funktionärstreffen bei Schmidt, Wielestr. 17.
- 46. Abt. 19 Uhr Funktionärstreffen bei Schmidt, Wielestr. 17.
- 47. Abt. 19 Uhr Funktionärstreffen bei Schmidt, Wielestr. 17.
- 48. Abt. 19 Uhr Funktionärstreffen bei Schmidt, Wielestr. 17.
- 49. Abt. 19 Uhr Funktionärstreffen bei Schmidt, Wielestr. 17.
- 50. Abt. 19 Uhr Funktionärstreffen bei Schmidt, Wielestr. 17.
- 51. Abt. 19 Uhr Funktionärstreffen bei Schmidt, Wielestr. 17.
- 52. Abt. 19 Uhr Funktionärstreffen bei Schmidt, Wielestr. 17.
- 53. Abt. 19 Uhr Funktionärstreffen bei Schmidt, Wielestr. 17.
- 54. Abt. 19 Uhr Funktionärstreffen bei Schmidt, Wielestr. 17.
- 55. Abt. 19 Uhr Funktionärstreffen bei Schmidt, Wielestr. 17.
- 56. Abt. 19 Uhr Funktionärstreffen bei Schmidt, Wielestr. 17.
- 57. Abt. 19 Uhr Funktionärstreffen bei Schmidt, Wielestr. 17.
- 58. Abt. 19 Uhr Funktionärstreffen bei Schmidt, Wielestr. 17.
- 59. Abt. 19 Uhr Funktionärstreffen bei Schmidt, Wielestr. 17.
- 60. Abt. 19 Uhr Funktionärstreffen bei Schmidt, Wielestr. 17.
- 61. Abt. 19 Uhr Funktionärstreffen bei Schmidt, Wielestr. 17.
- 62. Abt. 19 Uhr Funktionärstreffen bei Schmidt, Wielestr. 17.
- 63. Abt. 19 Uhr Funktionärstreffen bei Schmidt, Wielestr. 17.
- 64. Abt. 19 Uhr Funktionärstreffen bei Schmidt, Wielestr. 17.
- 65. Abt. 19 Uhr Funktionärstreffen bei Schmidt, Wielestr. 17.
- 66. Abt. 19 Uhr Funktionärstreffen bei Schmidt, Wielestr. 17.
- 67. Abt. 19 Uhr Funktionärstreffen bei Schmidt, Wielestr. 17.
- 68. Abt. 19 Uhr Funktionärstreffen bei Schmidt, Wielestr. 17.
- 69. Abt. 19 Uhr Funktionärstreffen bei Schmidt, Wielestr. 17.
- 70. Abt. 19 Uhr Funktionärstreffen bei Schmidt, Wielestr. 17.
- 71. Abt. 19 Uhr Funktionärstreffen bei Schmidt, Wielestr. 17.
- 72. Abt. 19 Uhr Funktionärstreffen bei Schmidt, Wielestr. 17.
- 73. Abt. 19 Uhr Funktionärstreffen bei Schmidt, Wielestr. 17.
- 74. Abt. 19 Uhr Funktionärstreffen bei Schmidt, Wielestr. 17.
- 75. Abt. 19 Uhr Funktionärstreffen bei Schmidt, Wielestr. 17.
- 76. Abt. 19 Uhr Funktionärstreffen bei Schmidt, Wielestr. 17.
- 77. Abt. 19 Uhr Funktionärstreffen bei Schmidt, Wielestr. 17.
- 78. Abt. 19 Uhr Funktionärstreffen bei Schmidt, Wielestr. 17.
- 79. Abt. 19 Uhr Funktionärstreffen bei Schmidt, Wielestr. 17.
- 80. Abt. 19 Uhr Funktionärstreffen bei Schmidt, Wielestr. 17.
- 81. Abt. 19 Uhr Funktionärstreffen bei Schmidt, Wielestr. 17.
- 82. Abt. 19 Uhr Funktionärstreffen bei Schmidt, Wielestr. 17.
- 83. Abt. 19 Uhr Funktionärstreffen bei Schmidt, Wielestr. 17.
- 84. Abt. 19 Uhr Funktionärstreffen bei Schmidt, Wielestr. 17.
- 85. Abt. 19 Uhr Funktionärstreffen bei Schmidt, Wielestr. 17.
- 86. Abt. 19 Uhr Funktionärstreffen bei Schmidt, Wielestr. 17.
- 87. Abt. 19 Uhr Funktionärstreffen bei Schmidt, Wielestr. 17.
- 88. Abt. 19 Uhr Funktionärstreffen bei Schmidt, Wielestr. 17.
- 89. Abt. 19 Uhr Funktionärstreffen bei Schmidt, Wielestr. 17.
- 90. Abt. 19 Uhr Funktionärstreffen bei Schmidt, Wielestr. 17.
- 91. Abt. 19 Uhr Funktionärstreffen bei Schmidt, Wielestr. 17.
- 92. Abt. 19 Uhr Funktionärstreffen bei Schmidt, Wielestr. 17.
- 93. Abt. 19 Uhr Funktionärstreffen bei Schmidt, Wielestr. 17.
- 94. Abt. 19 Uhr Funktionärstreffen bei Schmidt, Wielestr. 17.
- 95. Abt. 19 Uhr Funktionärstreffen bei Schmidt, Wielestr. 17.
- 96. Abt. 19 Uhr Funktionärstreffen bei Schmidt, Wielestr. 17.
- 97. Abt. 19 Uhr Funktionärstreffen bei Schmidt, Wielestr. 17.
- 98. Abt. 19 Uhr Funktionärstreffen bei Schmidt, Wielestr. 17.
- 99. Abt. 19 Uhr Funktionärstreffen bei Schmidt, Wielestr. 17.
- 100. Abt. 19 Uhr Funktionärstreffen bei Schmidt, Wielestr. 17.

Bezirksauschuß für Arbeiterwohlfahrt.

- 1. Kreis. Freitag, 8. Mai, 19 1/2 Uhr, bei Endow, Hirsburger Str. 3. Sitzung des Bezirksauschusses für Arbeiterwohlfahrt. Wichtige Tagesordnung.
- 2. Kreis. Freitag, 8. Mai, 19 1/2 Uhr, bei Haus, Charlottenburg, Zimmer 144. Sitzung des Bezirksauschusses für Arbeiterwohlfahrt. Wichtige Tagesordnung.
- 3. Kreis. Freitag, 8. Mai, 19 1/2 Uhr, Treffpunkt vor dem Wolfenhaus, Alte Jakobstr. 20-21, zweites Geschoss.

Werbeauschuß der Post- und Telegraphenbeamten und Anwärter:

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einfachungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat 2, Hof, 2 Treppen rechts, zu richten.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Wenn Ärger und Verdrüß Sie plagen,
Wenn Ihnen nichts so recht gelingt,
Wenn Sie sich abgespannt und müde fühlen —
Dann müssen Sie hinaus in die Natur,
Dahin, wo sie groß und hehr und einsam ist:
In die Wunderwelt des Nordens.



NORDLAND Fahrten

föhren zu den wundervollen norwegischen Fjorden, dem sagenumwobenen Island, in die Einsamkeit Spitzbergens, an die Grenze des ewigen Eises, ins Land der Mitternachtssonne. Die erhabenen Eindrücke einer solchen Reise, die heitere Geselligkeit und die behagliche Muße an Bord eines Hapag-Dampfers geben neue Lebensfreude und Arbeitskraft.

- 20. JUNI BIS 1. JULI - 1. REISE - Hapag-Fjordfahrt nach den landschaftlich schönsten Plätzen Westnorwegens mit dem Vergnügungsdampfer „Oceana“ von RM. 310,- aufwärts.
- 4. JULI BIS 20. JULI - 2. REISE - Hapag-Nordkapfahrt mit dem Vergnügungsdampfer „Oceana“ von RM. 470,- aufwärts.
- 18. JULI BIS 11. AUGUST - 3. REISE - Hapag-Schottland, Island, Spitzbergen und Norwegenfahrt mit dem 20000 Tonn großen Luxusdampfer „Rudolf“ von RM. 900,- aufwärts.
- 22. JULI BIS 7. AUG. - 4. REISE - Hapag-Nordkapfahrt mit dem Vergnügungsdampfer „Oceana“ von RM. 470,- aufwärts.
- 11. AUGUST BIS 24. AUGUST - 5. REISE - Hapag-Schottland, Norwegen und Ostsee mit dem bekannten Vergnügungsdampfer „Oceana“ von RM. 390,- aufwärts.
- 25. AUGUST BIS 12. SEPTEMBER - 6. REISE - Hapag-Ostsee, Skandinavien und Rußlandfahrt mit dem bekannten Vergnügungsdampfer „Oceana“ von RM. 620,- aufwärts.

Näheres in der NORDLAND Illustrierten mit dem Preisanschreiben gratis erhältlich bei den Vertretungen der HAMBURG-AMERIKA LINIE

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Allgemeine Wetterlage.



Bei östlichen Winden herrschte heute im ganzen Reich ziemlich warmes Wetter; die Temperaturen stiegen mit Ausnahme der Küstengebiete, wo nur 16 Grad erreicht wurden, allgemein auf 20 Grad. Der Himmel war dabei teils heiter, teils wolkig; es blieb jedoch bis auf Gewitter, die aus Schlesien, aus Sachsen, aus dem Erzgebirge von der Rheinmündung und aus dem Alpenvorland gemeldet wurden, überall trocken. Nachdem sich jetzt das Hochdruckgebiet, das am Dienstagabend über Norddeutschland lag, nach Südschweden verlagert hat, und der Druck über Deutschland gefallen ist und noch weiter fällt, bringen offenbar etwas kühlere Luftmassen von der Ostsee in unser Gebiet vor; dabei dürfte es jedoch meist trocken bleiben. Die von einer Störung über Südostfrankreich hervorgerufene Gewitterneigung wird sich voraussichtlich auf Süd- und Westdeutschland beschränken.

Wetterausichten für Berlin und weitere Umgebung. Ein wenig kühler, teils heiter, teils wolkig ohne erhebliche Niederschläge. — Für Deutschland. Im Westen und Süden Gewitterneigung, sonst meist trocken, im Nordosten leichte Abkühlung, sonst ziemlich warm.

Die geschäftliche Zentrale der deutschen Konsumgenossenschaften, die GCG (Gesamterwerbungs-Gesellschaft deutscher Konsumentenvereine), besitzt über 10 eigene Fahrten, in denen Waren verschiedener Art unter Benutzung besser technischer Einrichtungen, unter Verwendung hochwertiger Rohstoffe und unter sonstigen günstigen Arbeitsverhältnissen für die gesundheitlich zusammengefassten Verbraucher erzeugt werden. An diesen Gegenständen wählen zwei Teilnahmen Fahrten in Ostsee-Richtung (Schlesien) und Nordsee-Richtung (Baltikum). Die alljährlich mehrere Millionen, nämlich mehr als 6 Millionen Reichsmark Teilnahmen, dieses wichtige Rohstoffes, bestehen. Durch die 37 Lebensmittelmittelbesitzer der Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgebung werden die GCG-Teilnahmen zu maßigen Preisen den 300.000 Genossenschaftsmitgliedern zugeführt (siehe Anzeiger in der heutigen Ausgabe unserer Zeitung).

Rein Fleisch und doch Brotlos. Man kann nicht jeden Tag Fleisch speisen machen. — Kost die Hausfrau: — aber Kartoffeln, Pasteten, Nudeln, Röhre usw. schmecken, tragen reichlich, nicht nur. Da bedeutet Hunger. Brotlos für die gesamte Hausfrau eine erfreuliche Hilfe. Ein Bistrot zu 14 Pf. gibt sofort Gehe wie 2 Pfund Brot. — Diese Tunde, in der alles enthalten ist — von der Weißbrot bis zum feinsten Gemüse — ist ausgiebig und nahrhaft und schmeckt auch ohne Fleisch vorzüglich.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin
Einfachungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat 2, Hof, 2 Treppen rechts, zu richten.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke Reger Straße, wichtige Besprechung. Tagesordnung: „Der politische Kampf“. Referent Genosse Richter, R. 2. Bericht von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gaste willkommen.

Freitag, 20 Uhr, bei Helles, Prenzlauer Allee 28, Ecke R

Chemiefapital leidet keine Not.

12 Proz. Farbendividende. — Scharfer Abbau bei den Belegschaften.

Die I.G.-Farbenindustrie A. G. in Frankfurt a. M. wird, wie wir bereits berichteten, auch für das Krisenjahr 1930 ihre Dividendenzahlung in Höhe von 12 Proz. beibehalten. Wie aus dem Geschäftsbericht hervorgeht, haben die verschiedenartigen Fabrikate des mächtigsten deutschen Chemiekonzerns gegenüber den Kriseneinwirkungen eine bemerkenswerte Widerstandskraft gezeigt. Besonders konjunkturrempfindlich war wegen seiner Abhängigkeit von der Textilindustrie das Farbstoffgeschäft, aber auch auf diesem Gebiet konnten die Ausfälle zum Teil durch verstärkte Lieferungen an Spezialindustrien ausgeglichen werden, und der deutsche Anteil auf dem Weltmarkt konnte 1930 sogar einen Aufstiege verzeichnen.

Auch die Umsatzausfälle, die bei anorganischen Erzeugnissen, den Zwischenprodukten, Lösungsmitteln und Leichtmetallen zu verzeichnen waren, konnten zum Teil durch fabrikatorische Maßnahmen und durch Schöpfung neuer Verwendungszwecke teilweise wettgemacht werden. Bei neu eingeführten Fabrikaten auf diesem Gebiet konnten sogar Umsatzsteigerungen erzielt werden. Unverändert günstig blieb auch im Berichtsjahr der Absatz für Pharmazeutika und Pflanzenschutzmittel. Dies gilt insbesondere für Spezialitäten auf diesem Gebiet, die bei den hohen Preisen besonders große Profitraten abwerfen.

Auch die phototechnischen Werkstätten haben ihren guten Stand vom Vorjahre behauptet. Nur bei den teureren Apparaten machte sich der Einfluß der Krise auf die Verkaufsfähigkeit fühlbar. Trotz der scharfen internationalen Konkurrenz haben die Kunstseidenfabriken des Chemiekonzerns ihren Absatz mengenmäßig auf der Höhe des Vorjahres halten und die verschiedenen

Preisfaltungen durch Rationalisierungsmassnahmen ausgleichen können. Es zeigt sich also, daß die für die Rentabilität des Chemiekonzerns entscheidenden Werke von der Wirtschaftskrise verhältnismäßig wenig berührt worden sind. Eine Ausnahme macht nur das Stickstoffgeschäft, das schon im vorigen Jahr infolge der planlosen Ausdehnung dieser Industrie in der ganzen Welt unter allgemeiner Ueberproduktion litt. Um ein ganzliches Zusammenbrechen des Weltstickstoffmarktes zu verhindern, wurde im Sommer vorigen Jahres das Weltstickstoffkartell gegründet, dessen Aufgabe es ist, die zwangsläufigen Folgen dieser enormen Kapitalfehllösungen und Kapitalverwüstungen durch Produktionsdrosselung zu mildern.

So günstig noch die Produktionsentwicklung bei der I.G.-Farbenindustrie im Hinblick auf den Umfang der Wirtschaftskrise im letzten Jahr gewesen ist, — Versuchsgebiete wie Kohlenhydrierung und Herstellung künstlichen Gummi müssen in diesem Zusammenhang ausreichen — so sehr hat die Belegschaft unter den Kriseneinflüssen zu leiden gehabt. Zwar teilt der Geschäftsbericht mit, daß durch die Einführung der Kurzarbeit die Entlassung von 8000 bis

9000 Arbeitern vermieden und sogar 1000 Mann neu eingestellt werden konnten, aber diese Hilfsmassnahmen ändern nichts an der erschütternden Tatsache, daß der niedrige Belegschaftsstand in den eigentlichen Chemiebetrieben von 83 720 Mann im Jahre 1925 Ende 1930 noch um fast 4000 Mann unterboten wird. Es stellte sich:

	Gesamtsbelegschaft	Chemiebelegschaft
Ende 1928 . . .	154 600	114 185
Ende 1929 . . .	131 750	97 750
Ende 1930 . . .	114 197	79 963

Trotz der Scheu der I.G.-Farbenverwaltung, der Öffentlichkeit Angaben über die Entwicklung der Umsätze zu machen, so zeigen diese Belegschaftsziffern deutlich, in welchem Umfang die Arbeitsleistungen je Mann und Schicht gestiegen sind. Dies geht besonders aus der Gegenüberstellung mit dem Jahre 1925 hervor, wo in den Chemiebetrieben 83 720 gegen 79 963 Mann im Jahre 1930 beschäftigt wurden, obwohl vor fünf Jahren nicht nur eine ganze Anzahl von Fabrikationsabteilungen erst in ihren Anfängen entwickelt waren, sondern zum Teil überhaupt noch nicht existierten.

Das Kennzeichen der Bilanz ist, wie schon in früheren Jahren, wieder ihre völlige Undurchsichtigkeit. So wird in der Gewinn- und Verlustrechnung der gesamte Rohertrag mit 217,4 gegen 256,4 Millionen Mark nur in einem einzigen Posten ausgewiesen, nachdem sämtliche Unkosten vorweg abgezogen wurden. Die Abschreibungen, die von 70,4 auf 56,4 Millionen herabgesetzt worden sind, bleiben angesichts der Tatsache, daß die Neuanlagen von 120 auf 50 Millionen Mark gesunken sind, sehr hoch. Der Konzern hat, wie wir bereits im Vorbericht erwähnten, im vergangenen Jahr 85,6 Millionen Mark eigene Aktien aufgenommen. Während ein Teilbetrag durch Austauschaktionen einflam, wurden etwa 50 Millionen Mark aufgezahlt. Da der niedrigste Kurs für I.G.-Farbenaktien 114 Proz. betrug, und die Gesellschaft nicht allein zu diesem billigen Kurse kaufen, sondern im übrigen die Aktien auch noch mit einem kräftigen Aufgelde bezahllen mußte, sind zu diesem Zwecke ganz beträchtliche Summen beansprucht worden. Diese Aktion hat aber die finanzielle Flüssigkeit des Unternehmens in keiner Weise beeinträchtigt. So sind

die Bankguthaben noch von 136,8 auf 139,3 Millionen gestiegen, während andererseits die Bankschulden bis auf 12,2 Millionen Mark zurückgezahlt wurden. Forderungen werden mit 442,2 gegen 297,3 Millionen Mark Verbindlichkeiten ausgewiesen. Zu dieser verstärkten finanziellen Flüssigkeit dürfte die starke Senkung der Vorräte von rund 358 auf 307 Millionen Mark nicht unwesentlich beigetragen haben. Die Zahlung der 12prozentigen Dividende erfordert diesmal 85,6 gegen 95,9 Millionen Mark. Der Konzern spart also infolge der Aktienaufkäufe rund 10 Millionen Mark bei gleich hoher Dividende.

von 54 527 Mark. Das ist gerade doppelt so viel als bei den Bäckereien.

Auch in der Fleischerei gibt es starke Unterschiede in den einzelnen Landestellen bzw. in den einzelnen Städten. So beträgt der Umsatz je Betrieb in Stettin fast 168 000 Mark, in Berlin aber nur 149 000 Mark. Besonders niedrig liegen die Durchschnittsergebnisse in Aachen mit noch nicht ganz 50 000 Mark. Auf je 10 000 Einwohner entfallen 14 Betriebe (in der Bäckerei 16).

Insgesamt ergibt sich für die Fleischerei ein Jahresumsatz von fast 4500 Millionen Mark.

Die besonderen Verhältnisse im Fleischerhandwerk werden am deutlichsten, wenn man überlegt, daß es im Bäckergewerbe über 57 200 Betriebe = 57,21 Proz. mit einem jährlichen Gesamtumsatz von bis 20 000 Mark gibt, die am Gesamtumsatz mit 24,03 Proz. beteiligt sind. Im Fleischerhandwerk gibt es etwa 34 600 Betriebe = 38,51 Proz. mit einem Umsatz bis 20 000 Mark. Sie sind am Gesamtumsatz nur mit 6,17 Proz. beteiligt. Das Bäckergewerbe weist weiter 62 Betriebe = 0,06 Proz. mit einem Umsatz von über 1 Million Mark auf, auf die vom Gesamtumsatz 4,99 Proz. entfallen. Im Fleischerhandwerk sind es 254 Betriebe = 0,31 Proz. mit einem Anteil am Gesamtumsatz von 11,85 Proz.

Aus diesen Feststellungen geht der Zwang zur unrationellen Produktion hervor. Allerdings muß man berücksichtigen, daß in den Zweigbetrieben die Familienangehörigen mitarbeiten, daß im Betrieb Produktion und Verkauf vereinigt und der Handel ausgeschaltet ist und daß Unkosten für Warenverfod bzw. Verluste für Warenschwund bei längerer Lagerung kaum entstehen. Erfahrungsgemäß spielt in diesen Betrieben auch das Lohnkonto keine allzu große Rolle.

Im Bäckergewerbe beschäftigt 37 000 = 40 Proz. aller Betriebe keine Gehilfen.

Also zwei Fünftel des ganzen Gewerbes können unmöglich von hohen Gehilfenlöhnen und von überhöhten sozialen Abgaben sprechen. Das Bild wird ergänzt, wenn man erfährt, daß es weiter über 17 500 Betriebe gibt, in denen Familienangehörige mitarbeiten. Keineswegs liegen die Verhältnisse im Fleischerhandwerk.

Die unwirtschaftlichkeit in diesen Betrieben hat zu einer unrationellen Verdienstspanne geführt. Wenn es Sinn der Krise in einer kapitalistischen Wirtschaft ist, unwirtschaftliche Verhältnisse zu bereinigen, dann muß die gegenwärtige Krise zum Druck auf die Verdienstspanne führen. Darum spielt die Verdienstspanne im Kampf um den Brotpreis auch eine solche Rolle. Die Bäcker versuchen, die Verdienstspanne der Hochkonjunkturzeit zu behaupten. Sie sind der Meinung, das ließe sich durch Preisfestsetzung machen. Sie berücksichtigen nicht, daß der Umsatz eine Frage des Preises ist und daß zu guter Letzt der Umsatz auch über die Höhe der Verdienstspannen entscheidet.

Sofina und Bewag.

Soll Heinemann in Berlin die Betriebsführung haben?

Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ brachte aus Berlin „von besonderer Seite“ die Mitteilung, daß der belgische Sofina-Konzern, der 50 Millionen neue Bewag-Aktien (nach Gesfüre) übernimmt, als Vorbedingung für seine Beteiligung die Betriebsführung und technische Oberleitung der neuen „Berliner Kraft- und Licht-W.G.“ verlangt und zugestanden erhalten habe. Von „unterrichteter Seite“ wird dazu erklärt, daß diese Mitteilung jeder Grundlage entbehrt.

Man muß bis auf weiteres annehmen, daß das Dementi stimmt. Daß die Mitteilung aber zustande kam, gibt uns Anlaß zu der Feststellung, daß die Betriebsführung durch die Sofina dem ganzen Sinn und Inhalt des Angebots strikt widersprechen würde. Von der Stadt Berlin müssen Sicherungen getroffen werden, daß eine solche Möglichkeit bis zum Letzten ausgeräumt wird. Das gleiche gilt für Preußen und das Reich, die beiden anderen öffentlichen Partner des Geschäfts.

Ziffern der Lack- und Lackfarbenindustrie.

Berlin ist Großabnehmer.

Durch die offizielle Produktionsstatistik des Reiches wurden im Jahre 1928 in der Lack-, Lackfarben- und Disfarbenindustrie 478 Betriebe mit 6479 beschäftigten Personen festgestellt. Es wurden Rohstoffe im Werte von 77,5 Millionen Mark verbraucht; Lösungsmittel (Benzin, Terpentin, Spirit) machten davon 37 Proz. aus. Der Wert der gesamten Produktion belief sich auf 165,8 Millionen Mark.

Die Produktion der Lackindustrie allein (d. h. ohne die Farbenbetriebe, die die verarbeiteten Oele und Lade nicht selbst herstellen) hatte einen Wert von 159,4 Millionen Mark. Davon entfielen auf Kleinbetriebe (bis 10 Personen) 17 Proz., auf Mittelbetriebe (11 bis 50 Personen) 35 Proz., und auf größere Betriebe 48 Proz.

Die Hauptproduktionsgebiete dieser Industrie sind die Rheinprovinz und das Nordseegebiet, auf die je ein Fünftel der Gesamtproduktion entfällt. Die Wahl gerade dieser Standorte ist begründet in der Nähe der Rohstofflieferanten, in der Nähe der industriellen Verbraucher und in der vorteilhaften Exportlage. Ein

Das Bäcker- und Fleischerhandwerk.

Die kleinen und teuer arbeitenden Betriebe sind in der Mehrzahl.

Der Kampf um den Brotpreis hat in der Öffentlichkeit aufs neue auf die Verhältnisse in den Bäckereien und Fleischereien aufmerksam gemacht. Man wird sich wieder einmal bewußt, daß das Nahrungsmittelgewerbe zu teuer arbeitet, nicht weil der Lohn zu hoch oder die soziale Belastung zu stark ist, sondern weil es sich bei unseren Bäckereien und Fleischereien

in der Ueberzahl um Zwergbetriebe handelt.

Der zu geringe Umsatz, der meistens auf den einzelnen Betrieb entfällt, bedingt eine Ueberhöhung der Unkosten, d. h. Unwirtschaftlichkeit. Es kann festgestellt werden, daß z. B. im Bäckereigewerbe der Großbetrieb weit billiger arbeitet als der Kleinbetrieb. Dagegen sind im Kleinbetrieb die Verteilungskosten geringer. Die Unwirtschaftlichkeit ließe sich also dadurch beseitigen, daß der Großbetrieb produziert, der Kleinbetrieb dagegen die Verteilung übernimmt und sich im übrigen auf die Herstellung von Gebäck usw. beschränkt. Eine solche Arbeitsteilung ist im Auslande, z. B. in Dänemark, durchgeführt. In Deutschland befinden wir uns aber erst in den Anfängen.

Der Gesamtumsatz in der Brotindustrie Deutschlands beträgt nach der letzten vorliegenden Aufstellung des Reichsstatistischen Amtes rund 2616 Millionen Mark.

Das ist eine Riesensumme, die den Produktionswert mancher Industrie übersteigt, über die in der Öffentlichkeit weit mehr debattiert wird als über unsere Bäckereien. In den Umsatz von über 2,5 Milliarden Mark teilen sich 100 005 Bäckereibetriebe. Damit ist die Verzwergung dieses Wirtschaftszweiges wohl klassisch gekennzeichnet. Die Großbetriebe sind am Gesamtumsatz nur mit 196 Millionen Mark beteiligt. Im Durchschnitt entfällt auf einen Betrieb ein Umsatz von 26 150 Mark. Man muß aber be-

denken, daß allein 9380 Betriebe einen Umsatz von bis 5000 Mark und fast 48 000 Betriebe einen Umsatz von 5000 bis 20 000 Mark haben, während nur 1700 Betriebe einen Umsatz von 100 000 bis 500 000 Mark, 93 Betriebe einen solchen von 1/2 Million bis 1 Million und 62 Betriebe einen Umsatz von über 1 Million nachweisen.

In den einzelnen Städten und Landesteilen sind die Abweichungen selbstverständlich verschieden. Während der Klein- und Zwergbetrieb in Oberschlesien, in der Grenzmark, in Süddeutschland und Anhalt vorherrscht, weisen die Hansestädte sowie einige andere Großstädte eine stärkere Betriebskonzentration auf. Der durchschnittliche Betriebsumsatz in Hamburg beträgt z. B. fast 89 000 Mark, in Thüringen aber eben 19 600 Mark. Von den Großstädten steht Aitona mit über 100 000 Mark Durchschnittsumsatz an erster Stelle. Den niedrigsten Umsatz hat Hindenburg in Oberschlesien mit 18 800 Mark. Im Reichsdurchschnitt entfallen auf je 10 000 Einwohner 16 Betriebe. In Anhalt sind es 24 Betriebe, in Hamburg dagegen nur sechs.

Der jährliche Umsatz pro Kopf der Bevölkerung wird im Reichsdurchschnitt mit 42 Mark berechnet. Bremen übertrifft diesen Satz mit 61 Mark, Lübeck mit 54 und Sachsen mit 52 Mark, während Oberschlesien mit 26 und Ostpreußen mit 19 weit unter dem Durchschnitt bleiben. Dagegen weist Hindenburg in Oberschlesien einen durchschnittlichen Jahresumsatz in Höhe von 25 Mark nach.

Im Fleischerhandwerk ist die wirtschaftliche Kapazität der Einzelbetriebe erheblich größer als in dem Bäckereigewerbe.

Im Durchschnitt ergibt sich für jede Fleischerei ein Jahresumsatz

Ein ununterbrochener Siegeszug

Mit einer beispiellosen Einmütigkeit hat sich die deutsche Raucherwelt für Villiger-Stumpen entschieden. In einem ununterbrochenen Siegeszug hat Villiger Süd- und Westdeutschland erobert. Diese Entwicklung ist eine Folge der ausgesprochen milden Qualität der Villiger-Stumpen. Herrliche Milde ist für den Villiger-Stumpen charakteristisch. Den wunderbaren Villiger-Stumpen muß man geraucht haben. Schon der Villiger-Junior zu 10 Pfg. ist eine ganz außergewöhnliche Leistung.

Villiger wird Berlin erobern!

VILLIGER SÖHNE, DEUTSCHLANDS GRÖSSTE STUMPENFABRIKEN
Generalvertretung und Fabriklager: Brüder Blau, Berlin SW 61 / Telephon: Dönhoff 1202



beträchtlicher Teil der Produktion (12 Proz.) entfällt auf Berlin, da hier in den verarbeitenden Industrien Großabnehmer für die Lack-, Lackfarben- und Desfarbenindustrie zusammengefaßt sind.

Frankreich in Osteuropa.

Transaktionen in der Tschechoslowakei und Jugoslawien.

Die großzügige Anlage französischer Kapitalien in den osteuropäischen Ländern setzt sich ununterbrochen fort. Wir berichteten kürzlich über die Gründung einer polnisch-französischen Gesellschaft zur Fertigstellung und zum Betrieb der Bahnlinie von Odingen nach Oberschlesien und über eine französische Anleihe in Polen im Betrage von 900 bis 1100 Millionen Franken. Hinter dieser auch politisch bedeutsamen Transaktion stehen der Konzern Schneider-Creusot und die vielfach mit ihm zusammenarbeitende Pariser Großbank Union Parisienne.

Die gleiche Gruppe finanziert jetzt einen umfangreichen Anleihebedarf der Tschechoslowakei. Es handelt sich hierbei um eine Anleihe von 1,65 Milliarden Tschechoskronen, das sind rund 210 Millionen Mark. 90 Proz. dieses Betrages werden von französischen und 10 Proz. von tschechischen Banken aufgebracht werden. Die französische Gruppe wird, abgesehen von der Banque de l'Union Parisienne, gebildet durch das Privatbankhaus Bazard Freres und durch die Union Européenne Financière et Industrielle. Diese letztgenannte Gesellschaft, eine Gründung der Union Parisienne und des Konzerns Schneider-Creusot, kontrolliert in Lugemburg den Arbed-Konzern, in der Tschechoslowakei die Skoda-Werke in Pilsen und die Berg- und Hüttenwerksgesellschaft in Brünn, in Polen die Hütten- und Stahlwerke von Hutabankowa sowie die oben erwähnte soeben gegründete Compagnie Franco-Polonaise de Chemins de Fer.

Der Zweck der Anleihe ist ein doppelter: erstens dient sie der Rückzahlung einer im Jahre 1922 aufgenommenen englischen Anleihe, die mit 8 Proz. zu verzinsen ist, und für deren Sicherstellung die tschechoslowakischen Zölle und Verbrauchssteuern verpfändet werden mußten. Da die neue Anleihe nur mit 5 1/2 Proz. verzinst zu werden braucht, so bedeutet die Transaktion für die Tschechoslowakei finanziell eine doppelte Erleichterung: erstens werden die Zinszahlungen um fast ein Drittel niedriger, zweitens werden die Verpfändungen mit der neuen Regelung aufgehoben. Für diese Anleiherückzahlung beträgt der Finanzbedarf rund 1 Milliarde Tschechoskronen; der Rest soll zur Finanzierung öffentlicher Arbeiten benutzt werden, d. h. zu Anleihezwecken, zu denen bereits vor kurzem in der Tschechoslowakei eine inländische Staatsanleihe im Betrage von 1,3 Milliarden Tschechoskronen aufgenommen wurde.

In ein akutes Stadium getreten ist jetzt ferner die Staatsanleihe Jugoslawiens. Der Finanzminister Soerjuga begab sich nach Paris, um dort über Einzelheiten der neuen Anleihe sowie über ältere Schuldenregelungsfragen zu verhandeln. Die Führung der französischen Gruppe liegt wiederum bei der Banque de l'Union Parisienne.

Die Aktivität dieser Gruppe, die sich in den drei kurz aufeinanderfolgenden großen Transaktionen in Polen, in der Tschechoslowakei und in Jugoslawien ausdrückt, ist nicht nur wirtschaftlich, sondern politisch ein sehr bedeutsames Zeichen und bereitet eine engere Zusammenarbeit Frankreichs mit diesen drei Ländern vor. Die gegenwärtige Aktivität des französischen Finanzkapitals ist auch als Begleitumstand zur französischen Bekämpfung der deutsch-österreichischen Zollunion interessant.

Lohnende Metallverhüttung.

Hüttenwerke Wilhelm Kaiser-Niederschöneweide AG. 6 Prozent Dividende.

Der jetzt veröffentlichte Abschluß der Hüttenwerke Wilhelm Kaiser u. Co.-Niederschöneweide A.-G. gibt einen Ueberblick über das erste volle Geschäftsjahr nach der im Jahre 1929 erfolgten Verschmelzung der beiden Unternehmungen. In Anbetracht der besonders schwierigen Verhältnisse auf den Metallmärkten hat das Unternehmen, das hauptsächlich Metalle in Lohnarbeit verhüttet, günstig abgeschlossen. Der von 0,57 auf 0,43 Mill. Mark verringerte Reingewinn läßt die für ein Krisenjahr immerhin noch beachtliche Dividende von 6 gegen 9 Proz. im Vorjahr zu.

Die Produktion ist gegenüber dem Vorjahr bei den Fertigprodukten noch von 31 393 auf 33 122 Tonnen gestiegen, während sie bei den Nebenprodukten von 4705 auf rund 4000 Tonnen gesunken ist. Die durch den starken Kupferpreisanstieg verringerte Preisspanne zwischen Neu- und Altmetall hat ersichtlichweise die Arbeit des Unternehmens erschwert, jedoch konnten diese Einflüsse durch starke Senkung der Betriebskosten gemildert werden. Im laufenden Jahr sind die Betriebe noch auf etwa vier Monate mit Aufträgen eingedeckt.

Erweiterter Leuchtströhrenpakt.

Die Osram G. m. b. H. und der holländische Philips-Konzern haben vereinbart, ihre Fabrikation und auch ihre Forschungsarbeiten auf dem Gebiet von Neon-Leuchtströhren zusammenzulegen. In Deutschland wird die A.-G. Lindus (A.-G. für Elektricitätsindustrie) dies Geschäft einheitlich zusammenfassen, die Neon-Abteilung der Deutschen Philips G. m. b. H. wird ihr angegliedert werden. Die A.-G. Lindus ist bekanntlich eine Tochtergesellschaft der Osram.

Es ist rund ein Jahr her, daß die Osram und die amerikanische General Electric Co. in London gemeinsam eine Gesellschaft unter dem Namen Claude General Neon Light Ltd. gründete, in der auch die deutschen und die amerikanischen Patente auf dem Gebiet des Leuchtströhrenwesens zusammengefaßt wurden. Neon-Leuchtströhren sind Beleuchtungskörper, die eine große Zukunftsaussicht haben. Zur Zeit liegt der Schwerpunkt ihrer Anwendung noch in der Reklame.

Der Zusammenarbeit mit der General Electric Co. folgt nunmehr der Vertrag mit Philips. Hierdurch dürften die wichtigsten internationalen Patente auf diesem Gebiet jetzt von der Osram-Philips-General-Electric-Co.-Gruppe monopolisiert worden sein, d. h. von derselben Gruppe, die bekanntlich auch das internationale Glühlampenpatent beherrscht.

Das neue Polizeistrafrecht.

Zweite Lesung im Landtag.

In der weiteren Beratung des Etats des Finanzministeriums gibt es eine lange Auseinandersetzung zwischen dem Abg. Bartfeld (Staatspartei), der gegen die Beamtenhebe protestiert, und den Abg. Schnell (Wirtschaftspartei) und Keller (Deutsche Fraktion), die dabei bleiben, daß die Beamten keine produktive Arbeit leisteten und daß sie sich nach der Zeit der preußischen Könige zurückzögen.

Finanzminister Dr. Höpfer-Ushoff erklärt sich mit der von der sozialdemokratischen Fraktion geforderten Revision des Beamten-disziplinarrechts und den hierzu gefaßten Beschlüssen des Beamten-ausschusses einverstanden; er glaube aber mit aller Bestimmtheit ein Reichsbeamten-Disziplinarrecht für diesen Herbst in Aussicht stellen zu können. Die Beamten verrichten jetzt ihren Dienst fast ausnahmslos unter erheblichen Schwierigkeiten mit aufopfernder Hingabe. (Beifall bei den Regierungspar-teien).

Der Etat des Finanzministeriums wird genehmigt. Hierauf wird der Gesetzentwurf über die Diäten-fürzung in dritter Lesung angenommen.

Die Verlängerung des Wohnungsgesetzes bis 1935 wird in dritter Lesung gegen die Wirtschaftspartei beschlossen.

Es folgt die zweite Lesung des neuen Polizeistrafrechts.

Abg. Dr. von Eyner (Dsp.) beantragt zur Geschäftsordnung Rückverweisung an den Verfassungsausschuß. Die Beratung sei dort überstürzt worden, und der stenographische Bericht sei nicht genau.

Abg. Dr. Bord (Dnalk.): Der Ausschuß hat zwar mündliche Berichterstattung beschlossen. Aber wir sind bisher nicht in der Lage gewesen, unsere Fraktion zu unterrichten.

Abg. Haas (Soz.): Der Ausschuß hat unter meinem Vorsitz eingehend beraten, und die jetzt vorliegenden Änderungsanträge des Berichterstatters sind lediglich redaktioneller Natur. Das Verhalten der Deutschen Volkspartei ist wie stets zweideutig; in jeder politischen Debatte dieses Hauses sagt sie, es werde jetzt in Preußen nur verwaltert und nicht regiert; die Reformen bleiben sämtlich stecken. Sobald wir aber eine zeitgemäße Reform durch-

führen wollen, treibt sie vom ersten Augenblick an systematisch Disstruktion. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

Abg. Schwend (Komm.): Beraten Sie doch überhaupt nicht mehr, sondern beschließen Sie einfach: die Polizei kann machen was sie will. (Zuruf bei den Soz.: Wie es in Rußland schon Gesetz ist!)

Der Antrag auf Rückverweisung an den Verfassungsausschuß wird abgelehnt.

Abg. Dr. Hamburger (Soz.)

erstattet als Berichterstatter des Verfassungsausschusses in einmütiger Darlegung einen eingehenden Bericht über die Arbeiten und Debatten. Die Absicht der Sammlung des verstreuten Rechts im Interesse der erhöhten Rechtssicherheit für die Staatsbürger, die Polizeibehörden und die Gerichte sei im Ausschuß allgemein begrüßt worden. Eine Verstärkung der Polizeigewalt bringe der Gesetzentwurf nicht, die Parteien seien sich darüber klar gewesen, daß er für eine lange Zeit Geltung haben sollte. Die Rechtsgarantien der Beschwerde und Klage vor der Verwaltungsgerichte seien in den Ausschußberatungen erhöht worden, die Zustimmungsgewichte beim Erlaß von Polizeiverordnungen seien den Gemeindevorständen so erhalten geblieben, wie der Regierungsentwurf es vorsah, für die Stadt Berlin über den Entwurf hinaus erhöht worden. Von den Regierungspar-teien sei ein Entschuldigungsantrag vorgelegt worden, daß Aufgaben, die ihrem Wesen nach wohlfahrtspflegerischer Natur seien, den Polizeibehörden genommen und den Organen der Selbstverwaltung im Gesetzeswege übertragen werden sollen.

Der Berichterstatter behandelt dann eingehend den § 1 über die Polizei als Angelegenheit des Staates und den § 14, in dem die Generalvollmacht der Polizei aufgenommen ist, und deutete die Auffassung, die den Ausschuß bei den einzelnen Bestimmungen geleitet hat. Er hob zum Schluß hervor, daß der Präsident des Oberverwaltungsgerichts Drews den Entwurf als wohlgefaßten bezeichnete und der Ausschuß sich bemüht habe, ihn zu einem geeigneten Instrument für Staatsbürger und Verwaltung weiter auszubauen.

Die weitere Debatte findet am Donnerstag statt.

Notverordnung und Kranke.

Die praktische Auswirkung.

Die Allgemeine Ortskrankenkasse der Stadt Berlin legt ihren Jahresbericht für 1930 vor.

Die fortgesetzte Verschlechterung der gesamten wirtschaftlichen Lage drückt sich auch in ihrer Mitgliederbewegung aus. Die Zahl der Versicherten ist zwar mit einem Durchschnitt von 485 884 gegen das Vorjahr annähernd unverändert geblieben. Die von den Arbeitsämtern gemeldeten Erwerbslosen zählten jedoch im Jahre 1930 124 423, 1929 nur 79 097. Da außerdem der größte Teil der 46 520 freiwilligen Mitglieder nicht erwerbstätig ist, so kann man annehmen, daß

etwa 40 Proz. der bei der A.O.K. Versicherten eine Tätigkeit gegen Entgelt nicht ausübte, also arbeitslos waren.

Daß diese Verschiebung in der inneren Struktur der A.O.K. nicht ohne weiteres im Soll und Haben der Kassensführung sichtbar wird, ist ohne Frage eine Folge der Notverordnung. Die Beitragseinnahmen sind beträchtlich gesunken; sie betragen 1929 68 870 950 Mark, 1930 63 367 672 Mark. Außer der Einsparung an Krankengeld auf Grund der Notverordnung, machte sich das Fehlen des Epidemie im Jahre 1930 für die Kasse günstig bemerkbar. Die Folgen der Notverordnung auf den Gesundheitszustand der Mitglieder lassen sich in dieser kurzen Zeit noch nicht übersehen. Daß die Extrakosten für Krankenschein und Arznei die Zahl der Krankmeldungen vermindert haben, steht außer Frage. Ob damit die Tatsache zusammenhängt, daß die

zur Arbeitsunfähigkeit führenden Erkrankungen im Jahre 1930 schwerer waren

als im Vorjahre, müssen ausgedehntere Beobachtungen ergeben. Die Wahrscheinlichkeit dafür scheint mindestens gegeben.

Vollkommen ungerecht wirkt sich die Notverordnung für einen Teil der von der Krankenkasse betreuten Kriegsbeschädigten aus. Die Notverordnung vom 26. Juli legte sowohl den versicherten, wie den nichtversicherten Kriegsbeschädigten die Verpflichtung auf, die Krankenscheinegebühr und die Kostenanteile für Arzneien und Heilmittel zu tragen. Die Versorgungsberechtigten wehrten sich gegen die Befristung ihrer Rechte nach dem A.B.G., das ihnen bis dahin ein völlig kostenloses Heilverfahren im Hinblick auf das anerkannte Versorgungsbedürfnis eingeräumt hatte. Die zweite Notverordnung vom 1. Dezember 1930 änderte schließlich den § 8 der A.B.G. durch Hinzufügung eines Satzes folgendermaßen ab: „daß nur solche Beschädigten von der Verpflichtung, den Betrag für das Verordnungsblatt und die Gebühr für den Krankenschein zu entrichten, befreit sind, die

neben ihrer Rente eine Zufahrtrente empfangen.“

Der Jahresbericht der A.O.K. charakterisiert diesen unhaltbaren Zustand in folgenden Darlegungen:

„Es ergibt sich hieraus der bemerkenswerte Rechtszustand, daß versicherte Dienstbeschädigte, die in der Regel in Arbeit

und Lohn stehen, von der Zahlung der beiden Sonderbeiträge schon befreit sind, wenn sie Schwerbeschädigte sind und als solche Rente nach dem A.B.G. beziehen. Die nichtversicherten Dienstbeschädigten, wozu die große Schaar der aus der Arbeitslosen- und Krisenunterstützung bereits ausgesteuerten oder seit Jahren ohne Verdienst und Arbeit lebenden Beschädigten zählt, müssen aber die Gebühren entrichten, wenn sie nicht Zufahrtrente empfangen. Man denke hierbei an die vielen Beschädigten, die entweder keine oder eine sehr geringe Rente oder auch selbst die Schwerbeschädigtenrente beziehen, die aber nicht daneben noch eine Zufahrtrente erhalten, weil vielleicht die Frau durch ihre Arbeit kümmerlich den Unterhalt der Familie bestreitet. Diese bedauernswerten Menschen müssen, da sie selbst nicht über Mittel verfügen, aus dem Arbeitsverdienst der Frau die Sonderbeiträge, die ihnen die Notverordnung jetzt auferlegt, bestreiten, oder

sie müssen auf Arzneien und Heilmittel (Bäder) überhaupt verzichten, weil ihnen die Mittel für den Kostenanteil fehlen.

Die letzte Regelung der Kostenfrage ist völlig unverständlich und führt zu unausgesetzten Protesten der Beschädigten, die ungeachtet aller Befehlungen durch die Kassengestellten sehr häufig gegen letztere mit wüsten Beschimpfungen und selbst in persönlichen Angriffen vorgehen.“

Ausgebaut hat die A.O.K. ihre Fürsorgetätigkeit für jugendliche und besonders krankheitsgefährdete sowie die Heilbehandlung in Anstalten. Neueröffnet wurde die Heilstätte Krummhübel der A.O.K., in der vom 10. Juni, dem Tage der Eröffnung, bis zum 31. Dezember 1930 318 Patientinnen versorgt wurden. Von der A.O.K. aber mit Zuschüssen von ihr sind 1409 Kinder insgesamt 65 084 Verpflegungstage im Laufe des Jahres versorgt worden. Die berufstätigen jugendlichen, die vom 1. Januar 1931 ab Krankenkassenmitglieder werden, sollen durch einen besonderen

vorbeugenden Gesundheitschutz

erfaßt werden. Eine ärztliche Untersuchung etwa 3 Monate nach Eintritt in die versicherungspflichtige Beschäftigung soll der frühzeitigen Feststellung von körperlichen Schäden aller Art, besonders aber der Tuberkulose und anderer Volkskrankheiten, dienen. Die notwendigen Heilmassnahmen werden unter Umständen dann sofort eingeleitet. Die Erkenntnis, daß man eine Krankheit am frühesten und mit dem geringsten Kostenaufwand in ihren ersten Anfängen heilen kann, wird durch diese Neueinführung der A.O.K. allgemein praktisch verwertet.

Der Kassenschluß des Jahres 1930 ist mit dem der Vorjahre nicht ohne weiteres zu vergleichen, da ein Teil der Posten durch gesetzliche Bestimmungen eine Umbewertung erfahren hat. Gegen das Vorjahr weisen die Einnahmen eine Steigerung von 349 488 M. auf.

Kaliabfah im April.

Die Abladungen der zum Deutschen Kaliyndikat gehörenden Kaliwerke im April 1931 betragen 635 742 Doppelzentner Reinkali gegen 797 670 Doppelzentner Reinkali im gleichen Monat des Vorjahres. In den ersten vier Monaten des laufenden Kalenderjahres wurden von den Kaliwerken insgesamt 5 134 028 Doppelzentner Reinkali gegen 5 561 058 Doppelzentner Reinkali in der gleichen Zeit des Vorjahres verladen. Die Abladungen im Düngejahr 1930/31 (Mai 1930 bis April 1931) betragen 12 140 523 Doppelzentner Reinkali gegen 14 026 665 Doppelzentner Reinkali im Düngejahr 1929/30.

Umsatzsteigerung bei Opel. Die Opel-Werte teilen mit: Obwohl der gesamte Kraftwagenabfah in Deutschland im Jahre 1931 um etwa 33 Proz. hinter dem von 1930 zurücksteht, hat die Adam Opel A.-G. im April dieses Jahres stückzahlmäßig denselben Monatsabfah wie im Vorjahre, und zwar von über 4200 Kraftwagen erreicht. Wertmäßig jedoch liegt der Umsatz in diesem Jahre weit höher als im Vorjahre, da 1931 der Hauptumsatz in 1,8-Liter-Opel-Wagen getätigt wurde. Die erst im März d. J. in vollem Umfang aufgenommene Produktion des neuen Opel-J, 8-Zylinder-6-Zylinders konnte derart gesteigert werden, daß in den letzten Tagen einschließlic der anderen Typen ein täglicher Verkaufsdurchschnitt von 261 Wagen möglich wurde.



Knorr Bratensoße

Auch zum Verbessern einer nicht ganz gelungenen Soße!
Ein Würfel ergibt 1/4 Liter wohl-schmeckende Soße!

Binet Valmer:

Die Beichte des Millionärs

Boichemel erhob nicht seinen Kopf mit dem ernststen Gesicht, als der Kassierer zitternd in das Direktionszimmer eintrat. Er sah den Mann, der so schuldig war, nicht an, sondern wies ihm mit befehlender Gebärde Platz an, so wie man einem Hund Zeichen macht, sich niederzuliegen.

„Ich habe Ihren Brief erhalten, Jandron.“

„Lassen Sie mich verhaften, Herr Direktor.“

Auf den müden breiten Schultern Boichemels pendelte der große Kopf hin und her.

„Ja“, meinte er, „das wäre zu einfach, mein Lieber!“

Dann die Arme kreuzend, lehnte er sich im Sessel zurück und seine kleinen Augen glänzten plötzl.

„Sie haben sich gesagt: Entweder wird mein Chef mich verhaften lassen oder mir verzeihen. Was immer auch geschehen mag, ich werde endlich von dieser unerträglichen Todesangst befreit sein! Denn es war eine unerträgliche Todesangst, die nicht zum Aushalten ist, nicht wahr?“

„Monsieur Boichemel, ich bin kein unehrlicher Mensch —“

„Und deshalb haben Sie nach Ihrer bösen Tat die Freiheit des Geschäftsmannes begangen, das Sie von Ihren Gewissensbissen befreit, aber Ihre Ehre vernichtet. Ich kenne das, mein Freund. Es kommt mir vor, als wäre ich in Ihrer Lage, zumindest versuche ich mich, in diese zu versetzen.“

Er nahm mit einer Hand den Brief, den ihm der ungetreue Angestellte geschrieben hatte, mit der anderen begann er mit einem Glaskästchen zu spielen, das der einzige Gegenstand war, der den Schreibtisch zierte. Auf den Seiten des Briefes schienen die Zeilen, die das Geständnis enthielten, zu zittern. In dem Glaskästchen ruhte das schöne Perlenhalsband, das jeder Besucher des alten Finanzmannes erstauete anah.

Boichemel war ein Siebziger, Witwer seit einigen Jahren, und hatte den Ruf, seine Frau, ebenso wie seine Klientinnen, nie betrogen zu haben. Ein anständiger Mensch, der mit nichts angefangen und es zu einem großen Vermögen gebracht hatte, nichts liebte er als seinen Beruf, Geschäfte und seine Bank, kümmerte sich weder um Literatur, noch Malerei, nicht um Antiquitäten und Schmuck.

Dieses Perlenhalsband im Glaskästchen war ganz vereinsamt, nur die untergehende Sonne besuchte es.

„Wie alt sind Sie, Jandron?“

„Zweihunddreißig Jahre, Herr Direktor.“

„Erst zweihunddreißig Jahre? Warum haben Sie das getan? Schweigen Sie! Ich bin unterrichtet, ich kenne Ihr Leben! Sie sind ein anständiger strebsamer Mensch. Ich war einmal wie Sie. Vermögen kommt langsam, man hat es hart, wenn einem die Mutter ganz unten auf die soziale Stufenleiter gestellt hat, sehr hart. Man fragt sich oft, durch welches Wunder es jenen glückt, die ein Vermögen gemacht haben. Auch ich habe mich das gefragt, wenn ich meine Vordermänner sah, und Sie haben sich das öfter als einmal fragen müssen, wenn Sie an meine Karriere gedacht haben. Meine Karriere war äußerst mühsam, Jandron...“

Die Hand, die den Brief hielt, ließ ihn fallen, während die andere, die mit dem Glaskästchen spielte, das Perlenhalsband herausschob.

„Jawohl, mühsam!“ wiederholte Boichemel. „In Ihrem Alter hatte ich noch keinen Einfluß bei M. M. Schreiner, Malan u. Traub, aber ich verdiente meinen Lebensunterhalt reichlich. Ich spielte nicht auf der Börse, verlor aber gelegentlich ganz wie Sie, kleine Geschäfte. Aber — die meinen gelangen, während die Ihren — oh! leugnen Sie nicht, ich habe die Beweise!“

„Ich leugne nicht, Herr —“

„Ja, Sie sind nicht in Stande, irgend etwas zu leugnen! Sie sind in der Lage eines Mannes, der bereit wäre, sich jedweden Verbrechen zu beschuldigen. Ich kenne das — das heißt — nein, doch! Ich kenne das! — Sehen Sie dieses Halsband. Seine Anwesenheit auf meinem Schreibtisch hat Sie interessiert, nicht wahr? — Nun, ich verdanke diesem Halsband sehr viel, mein Freund. — Es ist eine recht seltsame Geschichte. Bloß meine verstorbene Frau kannte sie, und damit ich sie Ihnen erzähle, muß ich großes Mitleid mit Ihnen

haben... Es war vor 38 Jahren. Ich war ungefähr in Ihrem Alter — an einem Frühlingsabend, der so schön war wie der heutige, habe ich dieses schöne Perlenhalsband an einer Straßenecke gefunden, vor der Lüre eines Hauses der Avenue du Bois de Boulogne. Aus dem Hause war soeben eine äußerst elegante Frau gekommen, die in einem Zweispänner gestiegen war. Die Equipage war prächtig und die Frau schön, niemand hatte mich das Perlenhalsband aufheben sehen — ich überzeugte mich davon, indem ich einen verstoßenen Blick nach rechts und links warf. Ich erzähle Ihnen nichts von meiner ersten Regung, dem Wagen nachzulaufen, auch nicht von meinem zweiten Gedanken, an der Lüre des Hauses zu läuten. Sie sollen nur das Wesentliche erfahren: ich nahm das Halsband mit. Zu dieser Zeit war ich verlobt und hatte noch keinen Widerwillen gegen Schmuckstücke und alle Nichtigkeiten des Luxus. Oft war ich vor Juwelienhandlungen stehen geblieben und ich glaube mich nicht zu irren, wenn ich den Wert dieser Perlen mit über hunderttausend Franken einschätze. Hätte ich nur die Hälfte dieser Summe in der Hand gehabt, so hätte ich etwas unternehmen können, das mich aus dem Nichts, in dem ich vegetierte, emporgehoben hätte. Es ist genau so, als ob Sie an der Börse gewonnen hätten, mein Freund, und als ob Sie mir alles im stillen wiedererstattet hätten. Ich brauchte bloß die Perlen einzeln zu verkaufen, nichts leichter als das. Es war ein Diebstahl, sicherlich, aber alle großen Vermögen scheinen mir eine faule, schmutzige Grundlage zu haben und ich dachte, daß ich den Sumpf durchwatzen würde. Es war nicht der Sumpf, den ich durchqueren habe, sondern die Hölle! Brauche ich es Ihnen zu beschreiben? Sie machten es jetzt durch. Während dieser Tage konnte ich die Perlen weder zurückgeben noch verkaufen.

Während dieser Nächte dachte ich nie mehr Schlaf finden zu können.

Dennoch gelangen in diesen drei Tagen alle meine Börsenspekulationen und ich habe während meines Gefühlstonnises zehntausend Franken verdient. Vielleicht war das der Grund, daß ich am Morgen des vierten Tages an der Lüre der schönen Dame geläutet habe. Etwas hatte mich ein wenig gewundert: in keiner Zeitung war ein Wort von diesem großen Verlust zu lesen gewesen. Dennoch hatte ich keinen Augenblick die Wahrheit vermutet, die mir, über meine Aufregung lachend, die schöne Frau gab: die Perlen waren falsch! Ich habe vor Freude geweint! Ich bedeckte die Hände der Frau, die ich nicht bestohlen hatte, mit Küßchen und plötzl, wie ein Wahnsinniger, hatte ich ein unwiderstehliches Verlangen. Ich beschwor die schöne Dame, mir dieses schätzbare Schmuckstück zu verkaufen, in dem ich einen unbesiegbaren Fetisch erblickte. Belustigt durch alles, was sie erriet, wollte sie es mir schenken. Ich bestand darauf, es zu bezahlen und kaufte es um 200 Franken. Am selben Abend wollte ich es meiner Braut schenken, der ich die Qualen meiner Verführung gestand. Die Gefährtin meines künftigen Lebens aber hatte eine geniale Idee, daß ich die mahnende Erinnerung an meinen Diebstahl stets vor Augen behalten sollte. Ich habe ihr gefolgt und folge ihr noch immer. Jedemal, wenn ich am Sprung war oder bin, schließt sie mich daran, sich mir daran, so viel wegen falscher Perlen gelitten zu haben und so ist es gekommen, Jandron, daß ich langsam, mit Erbitterung der ehrenhafte Boichemel geworden bin, der seinem unglücklichen Kassierer verzeiht. Still! Kein Wort! Sie können nicht in der Bank bleiben, aber ich werde Ihnen eine Stelle im Ausland geben, und ich werde versuchen, Ihnen die Möglichkeit zu verschaffen, genug Geld zu verdienen, um mir schließlich alles zurückzuerstatten. Aber was mich vor allem interessiert, ist — wie soll ich es sagen? — Das ist Ihre Seele? — Dieser Brief, den Sie mir geschrieben haben, dieser etwas feige Brief, der Sie ebenso entehrt hätte wie Ihre Tat, den werden Sie zurücknehmen, indem Sie mir schwören, ihn nicht zu vernichten und ihr ganzes Leben bei sich zu tragen, verstehen Sie? Wie ein Bühlerhemd, ebenso wie ich stets die falschen Perlen auf meinem Schreibtisch behalten habe. Schwören Sie es? — Und jetzt reichen Sie mir die Hand. Hier ist der Brief, und wenn Sie nicht besser werden, dann lassen Sie sich wo anders aufhängen.

(Autorisierte Uebersetzung aus dem Französischen von Anna Druwe.)

den Zeltungen allemal: „Der Kopf des Banditen wurde vom Rumpf getrennt und dem Bakarester gerichtsmethodischen Institute überliefert.“ Was geschieht dort mit diesem Kopfe? Er kommt in das Kopfmuseum.

Es ist das schaurigste und unheimlichste Museum der Welt. In großen Sälen kann man dort in Ruhe und Anschaulichkeit ein halbes Jahrhundert rumänischen Banditentums studieren. An den Wänden sind ihre Waffen aufgehängt, oft noch blutig: Säbel, breite mazedonische Dolche, Messer aller Art, Pistolen, altertümliche bis zum modernen Browning, Gewehre, vom alten Vorlader bis zum modernen Militärsgewehr.

An der Wand schließlich in großen Spiritusbehältern die Banditenköpfe, konserviert und erhalten. Es sind interessante und eindrucksvolle Köpfe darunter und nichts von der ursprünglichen Wildheit, der Wut des letzten Augenblicks ist verlorengegangen. Jedes Haar auf dem Kopfe ist erhalten. Nur die Augen sind bei allen geschlossen.

Andere Banditenköpfe, die sich wohl nicht in gutem Zustande befanden, als sie hier eingeliefert wurden, sind nur als Schädel erhalten. Auf jedem eine genaue Etikette mit Namen, Taten und Datum des Todes. An den Wänden unzählige Photos aus dem Leben dieser Banditen. Viele Hochzeitsbilder darunter.

Richard Zoosmann:

Die neun Schwestern

Nicht weit von meiner Wohnung, in einer trummwintelligen Nebenstraße, haust ein alter, ebenso trummwintelliger Antiquitätenhändler. Oft komme ich bei ihm vorüber, spreche auch mal vor und durchstöbere etwa inzwischen eingelaufene alte Schmötzer und Scharfeten. Denn von Büchern versteht er nichts, und ich habe schon manchen guten Fang für ein paar Groschen gemacht. Aber seit Jahr und Tag liefern keine Druckerzeugnisse mehr ein, und meine Anteilnahme für den alten Kautz und seinen Baden beschränkte sich darauf, das Schaufenster zu betrachten oder durch die meist offene stehende Tür in das Innere zu blicken. Alles, was da lag und stand, war müßig, verstaubt und teilweise zerbrochen oder notdürftig gefittet. Da gibt's auch alte Uhren und rostige Waffen, brüchige Bilder neben Tassen und Tellern, Möbel, verhoffene Dedes, abgenutzte Teppiche, Geräte aus Silber, Zinn und Tombak. Es war ein Kirchhof verstorbenen und zerfallener Wesen und Dinge — alles wertlos, veraltet, überlebt, aus abgelebten Zeiten. — Vor einigen Wochen fand ich in seinem Schaufenster, wohl als neueste Erwerbungschaft, neun Gipsfiguren, alles Frauenzimmer mit hübschmalten Kleidern, schwarz, blond, weiß und rothaarig, jünger und älter von Aussehen, aber alle bemühten sich, wie Porzellan auszugehen. Auf einem Pappdeckel stand „Die neun Russen“. Nach einigen Tagen fand ich zwei weniger dastehen mit der Aufschrift „Die sieben Farben“. Die sieben Farben wäre passender gewesen. Ein paar Wochen waren vergangen, als ich wiederum den Abgang von zweien dieser scheußlichen Puppen feststellen konnte, die jetzt als „Die fünf Sinne“ angepriesen wurden. Von diesen wurde (wie mir der Alte mitteilte) „das Gehör“ verkauft und der Rest prangte als „Die vier Temperamente“ im Schaufenster. Um es kurz zu machen: als ein Choleraer die ihm zugewandte Figur erworben hatte, wurden sie als „Die drei Grazien“ ausgestellt, obwohl ich dem Alten als passende Bezeichnung „Die drei Furien“ vorgeschlagen hatte, und als wiederum eine verkauft war — weiß der Himmel, daß es so viele geschmacklose Käufer gibt! — und das letzte Paar als „Die Schwestern“ übrigblieb, dauerte es geraume Zeit, bis die stamessischen Zwillinge getrennt wurden. Nun lautete die Aufschrift auf einem Pappdeckel „Die Verlassene“. Sie soll nur eine Markt kosten, aber sie steht jetzt schon seit mehreren Monaten da, ohne daß sich einer erbarmte, ihrer Verlassenheit ein Ende zu machen. Sie ist die häßlichste von allen, hat zudem einen geschnittenen Hinterkopf und die Farben sind verworren: ich ärgere mich jedesmal beim Vorübergehen! So wie ich mal eine Markt übrig habe, tanze ich sie und zerfahmetiere sie auf dem Straßenspflaster.

Woher stammen Apfel und Birne?

Heute mag es uns scheinen, als seien sie immer dagewesen; so selbstverständlich sind uns Äpfel und Birnen im Fruchtgarten und auf dem Markt. Und da der wilde Birnbaum, wenigstens in Süddeutschland, ganz von selbst in den urwüchsigsten Wäldern steht, liegt es nahe, zu glauben, er sei einfach von da in den Bauerngärten eingewandert. Wer jedoch einmal versucht hat, im Walde in eine Wildbirne zu steigen, der weiß, warum sie im Volksmunde Holzbirne heißt. Sie ist einfach ungenießbar, und es mußte erst durch mühsame Zucht eine Kulturpflanze geschaffen werden, die eßbare Früchte bietet. Wo fanden diese ersten veredelten, also die wirtlichen Äpfel- und Birnbäume? Wann hat man sie geschaffen?

Holzäpfel und Holzbirnen haben freilich schon vor Jahrzehntausenden die Menschen in unserem Lande verzehrt, denn namentlich Apfelterner finden sich in fast allen Pflanzbauten bis zur Jungsteinzeit zurück.

Edeläpfel scheinen zuerst die Römer gegessen zu haben. Erst aus ihrer Zeit gibt es sichere Kunde von guten und wirklichen Äpfeln. Italien war das wahre Apfelland, und im ersten Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung nennt man es sogar einen richtigen Apfelmald. Zweihundert Jahre später gibt es dann schon viele Sorten, freilich nicht als Nahrung, sondern als Medizin. Die Römer betrachteten die Äpfel als Mittel zur Erhaltung der Gesundheit und jede, auch die ärmste Maltzeit, mußte mit einem Ei begonnen und mit einem Apfel beschloffen werden. Es war eine Nebenart, daß man von den Eiern bis zu den Äpfeln, d. h. während der ganzen Maltzeit, fröhlich sein wollte. Denn Lachen beim Essen war das zweite große Gesundheitsmittel im antiken Rom — und man war vielleicht gar nicht schlecht beraten damit.

Von Rom kam der Apfel zu den Griechen, und die debantieren sich dafür mit — Birnen. Griechenland war nämlich das Birnenland; ein Teil des Landes hieß einfach so (Apia). Man scheint im Peloponnesus tatsächlich aus den dort massenhaft in Wäldern bestehenden stehenden Holzbirnen die Edelbirnen herausgezüchtet zu haben. In Spätrom waren schon alle Fruchtgeschlechts mit Äpfeln, Birnen, Pfirsichen, Aprikosen und Kirschen als den eigentlichen Obstarten gefüllt. Freilich dürfen wir uns das trotz aller Nachrichten von altromischem Luxus und Verschwendung nicht allzu üppig vorstellen. Denn die antike Zeit konnte überhaupt nur 29 Apfelsorten, während wir heute unter 2000 wählen können. Auf der römischen „Pflanzstraße“, entlang dem Rhein, sind dann Apfel und Birne in Deutschland eingewandert, und gerade der Apfel ist zum richtigen deutschen Obst geworden, während die Birne ihre besten Früchte doch noch wie vor mehr im Süden spendet. Und merkwürdig genug, erst ganz spät, erst seit 50 Jahren haben sich die eigentlichen Apfel- und Birnenländer aufgetan, nämlich in Uebersee: in Kanada, Kalifornien und Australien. Die sind heute die Weltlieferanten und haben oft genug sogar auf unserm Tische das Obst des eigenen Landes verdrängt. Dr. R. Francé.

9. Ley: Räuberstaat an der Donau

Was es bisher und früher in Europa an Räubertum gab, geht seiner raschen und wohl unwillkürlichen Ausbreitung entgegen. Die italienische Mafia ist aufgelöst, in den montenegrinischen Bergen ist es still geworden, und von all diesen berühmten Schlupfwinkeln ist eigentlich nur das rumänische Donaudeelta übriggeblieben. Und in diesem einen und letzten Falle steht es kaum zu befürchten, daß dieser letzte Rest urwüchsiges Räubertums so rasch verschwinden wird. Die Natur hat hier weiswunderlich für unzugängliche und abgelegene Schlupfwinkel gesorgt, sie ist auf diese Weise zur unfreiwilligen und besten Bundesgenossin der dortigen Desperados geworden.

Das Donaudeelta bedeckt zur Hälfte die frühere bulgarische Provinz Dobrußja und hat eine Gesamtausdehnung so groß etwa wie die Mark Brandenburg. Es ist eines der phantastischsten Gebiete der Erde. Zugleich eines der unerforschtesten. Zum erstenmal wissenschaftlich durchforscht wurde das Donaudeelta eigentlich erst durch Deutsche während des Krieges. Es schließt seitdem schon längst wieder seinen alten jahrausdenbelangen Schlaf.

Die Bewohner dieses Deltas kennt man fast noch weniger als das Gebiet selbst. Sie sind freilich auf den Landkarten eingezeichnet, alle die vielen kleinen Dörfer und Flecken, die inmitten dieses fleischschwangeren aber fruchtbaren Gebietes liegen, aber sie liegen trotzdem so gut wie außerhalb der Welt. Einigemal im Jahr kommt der Steuereintreiber, das ist eigentlich das einzige feste Band, das sie mit der übrigen Menschheit verbindet. Hier und da, weit verstreut, sind Gendarmeposten, die schon längst ihren Frieden mit den eingeschlossenen Banditen gemacht haben, weil ihnen ihr Leben lieber ist als die sehr fragwürdigen Vorbeeren, die ihrer eventuell harren. Damit sind aber auch die Sendboten der europäischen Zivilisation restlos erschöpft.

Als vor Monaten eine der letzten großen Gestalten dieses Banditentorados erschossen wurde, Elade Kotofsch, da ging durch den rumänischen Blätterwald die erstaunte Frage, ob denn eigentlich Rumänien oder einige Banditenkönige dieses Gebiet beherrschten. Das Bestere ist der Fall. Was innerhalb der drei Donauarme liegt, von Sufina, Tulfcha und Ismail aufwärts, wird nur sehr bedingt von Rumänien beherrscht. Die eigentlichen Herren dieses Gebietes sind die Banditen.

Es sind durchaus nicht nur Eingeborene der dortigen Gegend, aus denen die Banden sich rekrutieren. In der Mehrzahl handelt es sich um Deserteure, denen infolge der Militärabkommen mit den benachbarten Ländern gar nichts anderes übrig bleibt, als in die

Dobrußja zu flüchten. Die meisten von ihnen tragen auch noch die alten zeretzten Militäruniformen. Ihrer Sicherheit kommt die genaue Kenntnis der Pfade und Wege zustatten, ohne die man dort rettungslos verloren ist. Ein falscher Schritt führt manchmal ins sichere Verderben. Eine Verfolgung im eigentlichen Delta ist fast unmöglich. Nicht nur, weil es tausendundeinen unzugänglichen Schlupfwinkel dort gibt, sondern auch die Bevölkerung steht auf der Seite der Banditen und gewährt ihnen jede erdenkliche Hilfe. Zum Teil, soweit es sich dabei um Bulgaren handelt, spielen nationale Gründe mit, größtenteils aber rein praktische Erwägungen. Es hieße dort nämlich ungebührlich sein Leben verfragen, wenn man den Banditen gegenüber offene Feindschaft an den Tag legen würde.

Wie weit die eigentliche Herrschaft der Banditen dort geht, davon kann man sich eine Vorstellung machen, wenn man hört, daß einige Banditen in den Dörfern richtige Rekrutierungen zur Auffrischung ihrer Bande vornehmen. Bei ihren fortwährenden Zügen durch das harte Gebiet hat fast jedes Dorf einmal in der Woche eine Art „Einquartierung“. Da heißt es dann allemal, Lebensmittel und Obdach ohne Wimperzucken bereitzustellen.

Dabei machen es die Donaubanditen wie die Warden: sie verschonen das eigene Haus. Ihre Beutezüge machen sie nach außerhalb. Auf ihren kleinen Booten sehen sie über die zahlreichen Wasserläufe und überfallen die benachbarten Gebiete. Wenn sich diese Einfälle mehren und zu einer richtigen Plage auswachsen, dann erwacht nach geraumer Zeit die Regierung aus ihrer Verhärte und befehlt eine Strafexpedition. Von zwanzig dieser Strafexpeditionen hat kaum eine irgendein Ergebnis. Bedenklicher wird es erst, wenn die öffentliche Meinung gebieterisch eine Bestrafung verlangt. Dann wird oft ein recht beträchtliches Machtausgleich entfaltet. Als man daran ging, den Banditen Kotofsch lebendig oder tot zu fangen, wurden nur zwei Regimenter in Bewegung gesetzt. Es stießen dabei von beiden Seiten mehr als hundert Mann und die Erbfeinde des einen Kotofsch traten eben daraufhin eine paar andere Banditenhauptideen an. Prämien auf den Kopf eines Banditen helfen recht wenig, weil die Bevölkerung genau weiß, daß sie die Regierung nicht vor Racheakten schützen kann.

Der berühmteste Bandit des Deltas, Terente, ist fast ein halbes Jahrzehnt ohne Erfolg gejagt worden, bis man ihn schließlich durch Zufall auffießerte.

Wenn einer der Banditen erschossen worden ist (Befangennahme kommt aus bestimmten Gründen nie vor), dann heißt es in

